



Parlamentarischer Kommissionsdienst

Protokoll

Sitzung	vorberatende Kommission 35.18.06 «Kantonsratsbeschluss über die Erstellung des «Campus Wattwil» (Ersatzneubau Kantons- schule Wattwil sowie Erneuerung und Erweite- rung Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg)»	Sandra Stefanovic Geschäftsführerin Staatskanzlei Regierungsgebäude 9001 St.Gallen T +41 58 229 04 91 sandra.stefanovic@sg.ch
Termin	Montag, 18. März 2019 08.30 bis 17.20 Uhr	
Ort	Wattwil, Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg, Bahnhofstrasse 29, Zimmer 43/44, 4. OG	

St.Gallen, 29. März 2019

Kommissionspräsident

Mathias Müller-Lichtensteig

Teilnehmende

Kommissionsmitglieder

SVP	Markus Bonderer-Sargans, Abteilungsleiter
SVP	Ursula Egli-Wil, Bäuerin / Hauspflegerin
SVP	Ivan Louis-Nesslau, Doktorand / Geschäftsführer
SVP	Christian Rüegg-Eschenbach, Landwirt
SVP	Bernhard Zahner-Kaltbrunn, Comestibles-Händler
CVP-GLP	Patrizia Adam-St.Gallen, Juristin
CVP-GLP	Christoph Bärlocher-Eggersriet, Bauunternehmer
CVP-GLP	Peter Göldi-Gommiswald, Geschäftsführer
CVP-GLP	Mathias Müller-Lichtensteig, Stadtpräsident, <i>Kommissionspräsident</i>
SP-GRÜ	Remo Maurer-Altstätten, Schulratspräsident
SP-GRÜ	Martin Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann, Betreiber Kleintheater
SP-GRÜ	Christoph Thurnherr-Wattwil, Berufsschullehrer
FDP	Jens Jäger-Vilters-Wangs, Primarlehrer
FDP	Arno Noger-St.Gallen, Bürgerratspräsident
FDP	Andreas W. Widmer-Wil, Betriebswirtschaftler

Von Seiten des zuständigen Departementes

- Regierungsrat Marc Mächler, Vorsteher Baudepartement
- Werner Binotto, Kantonsbaumeister, Hochbauamt, Baudepartement
- Thomas Bürkle, Stv. Leiter Immobilien, Hochbauamt, Baudepartement
- Ragnar Scherrer, Projektentwickler, Hochbauamt, Baudepartement

Von Seiten des Bildungsdepartementes

- Regierungspräsident Stefan Kölliker, Vorsteher Bildungsdepartement
- Tina Cassidy, Leiterin Amt für Mittelschulen, Bildungsdepartement

- Adrian Bachmann, Betriebswirtschaftlicher Mitarbeiter, Amt für Mittelschulen, Bildungsdepartement
- Bruno Müller, Leiter Amt für Berufsbildung, Bildungsdepartement
- Hans-Peter Steiner, Schulische Bildung, Amt für Berufsbildung, Bildungsdepartement

Weitere Teilnehmende (für Traktanden 1 bis 2)

- Alois Gunzenreiner, Gemeindepräsident Wattwil

Geschäftsführung / Protokoll

- Sandra Stefanovic, Geschäftsführerin, Parlamentsdienste
- Matthias Renn, Stv. Geschäftsführer, Parlamentsdienste

Bemerkung

Die Sitzungsunterlagen (Einladung, Protokoll, Beilagen) sind im geschützten Bereich des Ratsinformationssystems (Extranet)¹ zu finden. Erlasse sind in elektronischer Form der Gesetzessammlung des Kantons St.Gallen² sowie der systematischen Rechtssammlung des Bundes³ zu entnehmen.

¹ <https://www.ratsinfo.sg.ch/home/login.html>

² <https://www.gesetzessammlung.sg.ch>

³ <https://www.admin.ch>

Inhaltsverzeichnis

1	Begrüssung und Information	4
2	Einführung und Vorstellung der Vorlage	5
2.1	Inhalt gemäss Botschaft seitens Bildungsdepartement	5
2.2	Inhalt gemäss Botschaft seitens Baudepartement	5
2.3	Fachreferat	5
2.4	Sicht der Standortgemeinde	5
2.5	Fragen	6
3	Allgemeine Diskussion	7
3.1	Besichtigungsrundgang	11
4	Spezialdiskussion	11
4.1	Beratung Botschaft	11
4.2	Beratung Beschluss	42
4.3	Aufträge	42
4.4	Rückkommen	48
5	Gesamtabstimmung	48
6	Abschluss der Sitzung	49
6.1	Bestimmung des Berichterstatters	49
6.2	Medienorientierung	49
6.3	Verschiedenes	49

1 Begrüssung und Information

Müller-Lichtensteig, Präsident der vorberatenden Kommission, begrüsst die Mitglieder der vorberatenden Kommission und folgende Personen:

- Regierungsrat Marc Mächler, Vorsteher Baudepartement;
- Werner Binotto, Kantonsbaumeister, Hochbauamt, Baudepartement;
- Thomas Bürkle, Stv. Leiter Immobilien, Hochbauamt, Baudepartement;
- Ragnar Scherrer, Projektentwickler, Hochbauamt, Baudepartement;
- Regierungspräsident Stefan Kölliker, Vorsteher Bildungsdepartement;
- Tina Cassidy, Leiterin Amt für Mittelschulen, Bildungsdepartement;
- Adrian Bachmann, Betriebswirtschaftlicher Mitarbeiter, Amt für Mittelschulen, Bildungsdepartement;
- Bruno Müller, Leiter Amt für Berufsbildung, Bildungsdepartement;
- Hans-Peter Steiner, Schulische Bildung, Amt für Berufsbildung, Bildungsdepartement;
- Alois Gunzenreiner, Gemeindepräsident Wattwil;
- Sandra Stefanovic, Geschäftsführerin, Parlamentsdienste;
- Matthias Renn, Stv. Geschäftsführer, Parlamentsdienste.

Seit der Kommissionsbestellung in der Februarsession nahm die Kantonsratspräsidentin folgende Ersatzwahlen in die vorberatende Kommission vor:

- Maurer-Altstätten anstelle von Schmid-St.Gallen;
- Rüegg-Eschenbach anstelle von Wasserfallen-Rorschacherberg.

Ich stelle fest, dass die vorberatende Kommission beratungsfähig ist.

Ich gehe als Kommissionspräsident mit gutem Beispiel voran und lege meine Interessenbindungen offen. Ich bin Präsident des Fördervereins Bildungsstandort Toggenburg und Stadtpräsident von Lichtensteig. Der Kanton ist im Moment noch Mieter unseres alten Oberstufenschulhauses, der Vertrag läuft aber aus, wenn in Wattwil der Campus realisiert ist. Ich möchte den Raum für die Bekanntgabe weiterer Interessenbindungen öffnen.

Göldi-Gommiswald: Ich lege meine Interessenbindung offen. Ich bin Geschäftsführer der Region ZürichseeLinth.

Thurnherr-Wattwil: Ich lege meine Interessenbindung offen. Ich bin Lehrer am Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg.

Louis-Nesslau: Ich lege meine Interessenbindung offen. Ich bin Präsident des Vereins Campus Wattwil, Mitglied im Förderverein Bildungsstandort Toggenburg und Vorstandsmitglied vom Kantonsschulverein Toggenburg-Linth.

Kommissionspräsident: Wir behandeln Botschaft und Entwurf der Regierung «Kantonsratsbeschluss über die Erstellung des «Campus Wattwil» (Ersatzneubau Kantonsschule Wattwil sowie Erneuerung und Erweiterung Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg)» vom 18. Dezember 2018. Der vorberatenden Kommission wurde eine zusätzliche Unterlage zugestellt:

- «Zur Aufteilung der Kantonsschule Wattwil auf zwei Standorte», Zusatzbericht des Bildungsdepartementes vom 15. Februar 2019.

Ich weise darauf hin, dass die Beratung elektronisch aufgezeichnet wird, was der Geschäftsführung die Fertigstellung des Protokolls erleichtert. Deshalb bitte ich Sie, nur zu sprechen, wenn ich Ihnen mit Ihrem politischen Namen das Wort erteile. Die Geschäftsführung dankt für die Abgabe der Manuskripte insbesondere zur allgemeinen Diskussion. Für das Protokoll gilt das gesprochene Wort. Eine weitere Information, vor allem als Hinweis für die Mitglieder, die zum ersten Mal in einer vorberatenden Kommission mitwirken: Sowohl die Kommissionsberatungen nach Art. 59 des Geschäftsreglements des Kantonsrates (sGS 131.11; abgekürzt GeschKR) als auch das Kommissionsprotokoll nach Art. 67 GeschKR sind vertraulich. Erst mit der Rechtsgültigkeit rechtsetzender Erlasse, nach Ablauf der Referendumsfrist, entfällt die Vertraulichkeit.

Zu Beginn wird die vorberatende Kommission eine Einführung in die Vorlage erhalten, danach führt sie eine allgemeine Diskussion anstelle einer Eintretensdiskussion über die Vorlage mit einleitenden Bemerkungen der zuständigen Regierungsräte. Nach dem Besichtigungsrundgang führt die vorberatende Kommission die Spezialdiskussion sowie die Gesamtabstimmung durch. Die Gastreferenten verlassen die Sitzung vor Beginn der allgemeinen Diskussion. Fragen sind deshalb direkt im Anschluss an die Referate zu stellen.

Widmer-Wil: Umfasst das Kommissionsgeheimnis auch sämtliche Unterlagen, die der Kommission zugestellt und heute verteilt wurden?

Kommissionspräsident: Ja, das Kommissionsgeheimnis umfasst auch die Unterlagen.

Der Kommissionspräsident schliesst die Einführung mit einigen administrativen Hinweisen.

2 Einführung und Vorstellung der Vorlage

2.1 Inhalt gemäss Botschaft seitens Bildungsdepartement

Regierungspräsident Kölliker: Ausführungen gemäss Präsentation BLD (Folie 1–19; vgl. Beilage 3)

2.2 Inhalt gemäss Botschaft seitens Baudepartement

Regierungsrat Mächler: Ausführungen gemäss Präsentation BD (Folie 1–10; vgl. Beilage 4)

2.3 Fachreferat

Werner Binotto: Ausführungen gemäss Präsentation BD (Folie 11–27; vgl. Beilage 4)

2.4 Sicht der Standortgemeinde

Alois Gunzenreiner: Ausführungen gemäss Präsentation Gunzenreiner (Folie 1–27; vgl. Beilage 5)

2.5 Fragen

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Ist der Bau des Werkraumes an der Austrasse im Preis enthalten oder ist das ein separates Bauvorhaben?

Regierungsrat Mächler: Das hat nichts mit dieser Vorlage zu tun und ist selbstverständlich auch nicht Gegenstand unserer Kosten.

Alois Gunzenreiner: Der Verband der Zimmerleute und der Schreiner wird diesen Bau realisieren. Wenn wir uns als Grundeigentümer installieren, wird die Gemeinde sicher eine Unterstützung zukommen lassen.

Bärlocher-Eggersriet: Wenn man die Erdbebenertüchtigung oder den Brandschutz in der Näp-pisueli (Standortbezeichnung der Kantonsschule Wattwil) nicht erstellen würde, verliert man dann eine Betriebsbewilligung oder ist das eine rein Haftungsfrage? Was ist der Ursprung?

Werner Binotto: Eine Betriebsbewilligung gibt es nicht. Die Gefährdung ist enorm gross. Wenn etwas passieren würde, wäre die Haftung gänzlich beim Kanton. Es handelt sich um keine voll-umfassende Erdbebenertüchtigung, sondern diese wird nur für die Restlebensdauer, die sich nun abzeichnet, erstellt. Finanziell ist dies kein grosser Aufwand.

Regierungsrat Mächler: Den Sicherheitsbericht haben wir über das gesamte Immobilienportfolio erstellt. Brandschutz aber auch andere Sicherheitsbeurteilungen sind an verschiedenen Orten ein Thema. Bei der Risikoabwägung haben vor allem jene Gebäude, die über viel Publikum verfügen, erste Priorität.

Göldi-Gommiswald: Im Bericht des Bildungsdepartementes «Zur Aufteilung der Kantonsschule Wattwil auf zwei Standorte»⁴ werden drei Varianten aufgeführt. Diese sind nicht deckungsgleich mit den zuvor aufgeführten Varianten⁵? Sind es andere Varianten?

Regierungspräsident Kölliker: Ja, das sind andere Varianten.

Widmer-Wil: Alois Gunzenreiner, Sie schildern verschiedene Projekte der Gemeinde Wattwil, die in Koordination mit dem Bauvorhaben stehen und vielleicht auch als Standortbeitrag gewertet werden könnten, wobei dies nicht ganz klar ausgewiesen wird. Was passiert mit den Projekten, wenn der Campus Wattwil nicht zu Stande kommt? Würden die präsentierten Projekte wegfallen oder realisiert die Gemeinde diese ohnehin?

Alois Gunzenreiner: Die Fussgängerbrücke würde man nicht benötigen. Selbstverständlich würde das die innerörtliche Verbindung verbessern, aber eigentlich bestehen ohne das Projekt keine Bezugspunkte. Insofern kann man schon sagen, dass eine solche Brücke wegen des Campus realisiert werden würde. Den Hofstattbach müsste man auch nicht umlegen. Dieser würde so eingedolt bleiben, wie er es momentan ist.

Regierungsrat Mächler: Die Thursanierungsprojekte sind vom Campus-Projekt unabhängig. Es handelt sich um kantonales Gewässer und hier muss der Kanton in enger Abstimmung mit der

⁴ Beilage 2.

⁵ Vgl. Beilage 3.

Gemeinde tätig werden. Aber wenn hier etwas geschieht, dann soll es mit einem möglichen Neubau abgestimmt werden. Wenn das Volk den Campus ablehnen würde, würden die Aussensportanlagen nicht realisiert werden.

Alois Gunzenreiner: Die Gemeinde Wattwil diskutiert seit 50 bis 60 Jahren intensiv über eine sinnvolle Sportinfrastruktur-Lösung. Mit diesem Vorschlag wäre das nun gelungen, aber unter Vorbehalt, dass das Volk dem Campus zustimmt. Diese Lösung macht an diesem Standort nur als Gesamtpaket Sinn. Sollte der Campus nicht zustande kommen, müsste man wieder neu planen. Beim Standortbeitrag ist die Lösung «zwei Drittel, ein Drittel» einberechnet.

Noger-St.Gallen: Alois Gunzenreiner, Sie haben gezeigt wie Sie das Areal auf unserer Seite der Thur weiterentwickeln werden. In den Plänen habe ich gesehen, dass das Kantonsschulgebäude des Architekten Otto Glaus immer noch vorhanden ist. Ist es erhaltenswert und verschwindet deshalb nicht? Wenn ich den Kanton richtig verstanden habe, möchte er das Gebäude gerne abtreten. Hat die Gemeinde hierzu eine gewisse Idee?

Alois Gunzenreiner: Das Vorhaben befindet sich noch in der Masterplanung und es ist noch keine Vorgabe. Wir befinden uns in der Planung, wie sich die Gemeinde an diesem Standort zukünftig entwickeln soll. Zum jetzigen Zeitpunkt möchten wir das Kantonsschulgebäude nicht mit etwas anderem überlagern. Dann hätten wir in unseren Überlegungen nochmals einen Schritt weitergehen müssen. Unsere Intention ist Ihnen mit diesen Darstellungen zu zeigen, dass sich an diesem Standort im Zentrum der Gemeinde in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einiges entwickeln wird. Das geht aber in eine andere Richtung als das heute Bestehende. Der Kanton wird für dieses Gebäude die Entscheidung treffen müssen, damit vielleicht etwas anderes entstehen kann.

Noger-St.Gallen: Ich wollte wissen, ob die Gemeinde bereits eine Übernahmeofferte hat. Ich stelle fest, dass dies nicht der Fall ist.

Alois Gunzenreiner: Es dauert noch einen Moment, bis es soweit ist und das Gebäude nicht mehr gebraucht wird. Eine Lösung wird gesucht.

3 Allgemeine Diskussion

Die Kommission führt eine allgemeine Diskussion über die Vorlage anstelle einer Eintretensdiskussion. Anschliessend führt sie die Spezialdiskussion.

Bärlocher-Eggersriet (im Namen der CVP-GLP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten. Wir danken der Regierung und den zuständigen Stellen für die Ausarbeitung von Botschaft und Entwurf. Prima vista kommt die Vorlage sehr sachlich, klar aufgebaut und logisch daher. Der Bau eines Campus ist zukunftsgerichtet und überzeugt. Das in der vorberatenden Kommission zum Campus Platztor⁶ bemängelte Fehlen der übergeordneten strategischen Bauplanung, der Projektentwicklung und der Kostenermittlung wurde aufgenommen und in dieser Vorlage sauber dargestellt. Dies gilt zumindest für den baulichen Aspekt der Vorlage. Wie bereits von Widmer-Wil er-

⁶ 35.18.04 «Kantonsratsbeschluss über die Erstellung des Campus Platztor der Universität St.Gallen», Botschaft und Entwurf der Regierung vom 14. August 2018.

wähnt, gilt das nicht für den Standortbeitrag, der für uns nicht ersichtlich ist. Das Zusammenführen aller Standorte in einen so zentralen Campus mit direktem Anschluss an die Bahn ist sehr gut durchdacht und dürfte für die Entwicklung optimal sein.

Bildungspolitisch denkt eine Minderheit unserer Delegation, dass die Standortfrage zu stiefmütterlich behandelt wurde. Kennt man die Vorgeschichte um die Standortfrage – wie z.B. die Interpellationen 51.13.31, 51.14.15 und 51.18.62⁷ zeigen – zu einer eigenen Mittelschule für das Linthgebiet, so wurde diese in der Botschaft zu stark vernachlässigt. Der Bericht 40.11.02 «Strategische Investitionsplanung für st.gallische Bildungseinrichtungen» aus dem Jahre 2011 ging damals von einer Sanierung der Schule in Wattwil aus. Nun gab es eine Strategieänderung, bei der ein Neubau in Wattwil favorisiert wird. Dabei hätte man die Zwei-Standorte Lösung genau prüfen müssen. Deshalb wurde der vorberatenden Kommission am 9. März 2019 ein Bericht des Amtes für Mittelschulen (der notabene auf den 15. Februar 2019 datiert ist) im geschützten Bereich des Ratsinformationssystems aufgeschaltet, der sich dieser Problematik annimmt. Der Bericht «Zur Aufteilung der Kantonsschule Wattwil auf zwei Standorte»⁸ zeigt auf, dass es eine gewisse kritische Grösse für Mittelschulen braucht, um eine gute und leistungsorientierte Bildung anbieten zu können. Aber letztlich greift dieser Bericht nach einem Teil unserer Delegation nicht sämtliche Überlegungen zu einer Zwei-Standorte-Lösung auf. Kommt man beispielsweise durch die Änderung von den schülerzuweisenden Regionen oder durch die geplante Erhöhung der Maturitätsquote nicht auf genügend Schülerzahlen für zwei Standorte? Die naheliegende Variante mit zwei Campus an zwei Orten wurde – im Bericht – nicht konkret aufgezeigt. Könnte man den Campus-Gedanken auch mit einer kleineren Kantonsschule in Wattwil und in Rapperswil-Jona weiterverfolgen?

Auf der anderen Seite will unsere Delegation auf keinen Fall den Bildungsort Wattwil gefährden. Auch scheint es nachvollziehbar, dass zwei kleine Campus aus betriebswirtschaftlicher Sicht wohl weniger effizient sind. Die Mehrkosten wurden aber nirgends quantifiziert. Sollte uns die Regierung letztlich alle von der Standortwahl Wattwil überzeugen, so zeigt das gewählte Vorgehen zumindest wenig politisches Gespür für die Region Linthgebiet. Exponenten unserer Delegation werden sich mit einzelnen Fragen in der Debatte melden.

Lassen Sie mich zur eigentlichen Bauvorlage kommen. Der bauliche Zustand der beiden Ausbildungsstätten ist, wie hinreichend dargelegt, ungenügend und muss aus bau- und sicherheitstechnischen Gegebenheiten – Erdbebenertüchtigung und Brandschutz – zeitnah erneuert werden. Eine gesamthafte und koordinierte Betrachtung der beiden Bildungsinstitutionen macht aufgrund von Effizienz- und Synergieeffekten Sinn und ist zu unterstützen. Insbesondere, weil auch keine teuren Provisorien angeschafft oder gemietet werden müssen. Damit können Doppelspurigkeiten abgebaut und Infrastrukturen gemeinsam genutzt werden. Beide Standorte sind darüber hinaus überbelegt und nur mit provisorischen Massnahmen überhaupt im Stande den Lehrauftrag zu erfüllen, im Falle des Berufs- und Weiterbildungszentrums Toggenburg (nachfolgend BWZT) mit einem Zweitstandort in Lichtensteig und bei der Kantonsschule Wattwil (nachfolgend KSW) ebenfalls mit Aussenstandorten. Dies löst zudem nicht unerhebliche Mietaufwendungen aus.

⁷ 51.13.31 «Kantonsschule für das Linthgebiet?»; 51.14.15 «Faire Standortanalyse für den Kanti-Neubau in der Region Linthgebiet-Toggenburg»; 51.18.62 «Kantonsschule Wattwil - zwei Standorte prüfen».

⁸ Vgl. Beilage 2.

Die räumliche Erweiterung der Institutionen ist damit überfällig und ein klares Bekenntnis zu einer zukunftsgerichteten Bildung. Mit den künftigen Lernformen im digitalen Zeitalter und zeitgemässen pädagogisch-didaktischen Erfordernissen wird dieser zusätzliche Lern- und Arbeitsraum benötigt und muss auch flexibler gestaltet werden können. All dies nimmt die Vorlage auf, weshalb die bauliche Strategie richtig ist und unserer Unterstützung verdient.

Egli-Wil (im Namen der SVP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Die SVP-Delegation ist sich einig, dass der Standort der Kantonsschule in Wattwil nicht in Frage gestellt wird. Wir sehen keinerlei Anlass und werden kein Begehren unterstützen, über einen anderen Standort als Wattwil zu sprechen. Wir werden dementsprechend auch keinerlei Anträge hinsichtlich der Standortfrage unterstützen. Die vorliegende Botschaft erläutert vielseitig, dass Wattwil auch für einen Neubau, eben dem Campus Wattwil, der ideale Standort ist. Auch wollen wir klar darlegen, dass sich das Toggenburg als attraktiver und gut erschlossener Bildungsstandort über Jahrzehnte etabliert hat. Warum soll an bewährtem gerüttelt werden? Den Campus, der die KSW und das BWZT miteinander verbindet, sehen wir als ideale Kombination, da der Bedarf besteht. Beide Gebäude müssen saniert werden, da beide Bauten aus den 1970er-Jahren stammen. Weiter hat sich auch die Gemeinde Wattwil schon in einer kommunalen Abstimmung für den Verkauf ihrer Anteile der Rietsteinhalle sowie den Bau einer Dreifachsporthalle und der Ausensportanlage in der Rietwies durch die Gemeinde ausgesprochen – vorbehältlich der Zustimmung zum Campus Wattwil durch den Kantonsrat und die Stimmberechtigten des Kantons. Wir hoffen, dass auch bei der Realisierung der beiden Bauten inklusive der Sportanlagen, die Zusammenarbeit mit Kanton und der Gemeinde Wattwil weiterhin konstruktiv verläuft.

Die geprüften Alternativen überzeugen auch uns nicht, vom Standort Wattwil abzusehen. Die unmittelbare Nachbarschaft von KSW und BWZT ermöglicht eine Vielzahl an Synergien, die optimal genutzt werden können und ökonomisch sinnvoll sind. Wir anerkennen, dass eine nachhaltige Bauweise angestrebt wird, die langlebig ist und städtebaulich sowie architektonisch eine hohe Akzeptanz besitzt. Jedoch möchten wir festlegen, dass gerade für den Standort im Toggenburg eine Bauweise zwingend mit Holz kombiniert werden soll. Durch die gesamte Botschaft hindurch tauchte für uns die Frage auf, ob die Planung für 720 Mittelschülerinnen und Mittelschüler auf Ende der Bauzeit realistisch ist? Wir sehen es eher als pessimistisch. Laufen wir nicht Gefahr, bei Bauende merken zu müssen, dass der Platz eigentlich schon wieder zu knapp ist? Bei den Beispielen KSW und der Fachhochschule St.Gallen ist bekannt, dass eine Planung auch etwas grosszügiger angegangen werden soll. Immerhin bauen wir wieder für die nächsten 40 Jahre. Somit sollte auch etwas Luft an Raumeinheiten eingeplant werden. Auch in der Frage der Anzahl Parkplätze sind bei uns noch Fragen offen, die Klärung bedürfen. Da gerade in der Region Toggenburg der motorisierte Individualverkehr nicht unterschätzt werden darf.

Somit wären wir bei der Kostenfrage und da möchten wir festhalten und hoffen, dass der Betrag von 108 Mio. Franken realistisch berechnet wurde. Wir wollen keine Luxusbaute oder ein architektonisches Denkmal errichten, sondern es soll eine praktische, in die Region passende Baute erstellt werden. Was für uns noch etwas als Pferdefuss angesehen wird, ist die Absicht der Veräusserung des bisherigen Gebäudes der KSW. Da noch zu viele ungewisse Fragen im Raum stehen, vor allem betreffend die Schutzwürdigkeit, könnte dies bei der Bevölkerung als negativ empfunden werden und muss möglichst bald geklärt werden. So kann anschliessend transparent informiert werden. Weitere Punkte werden wir im Zuge der Spezialdiskussion einbringen.

Jäger-Vilters-Wangs (im Namen der FDP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Die FDP-Delegation anerkennt, dass betreffend Erneuerung der Schulinfrastrukturen in Wattwil ein dringlicher Handlungsbedarf besteht, zumal zahlreiche teure Einmietungen bestehen und der ursprüngliche Zeitplan bereits wieder in Verzug geraten ist. Die aktuelle Aufteilung des BWZT auf die zwei Standorte Wattwil und Lichtensteig sowie deren räumliche Distanz erschweren die betrieblichen Abläufe erheblich. Daher beurteilen wir die Zusammenlegung auf einen Standort als richtig. Die koordinierte Erneuerung und Erweiterung des BWZT zusammen mit der KSW erscheint uns grundsätzlich sinnvoll, denn damit können wertvolle Synergien erzielt werden, nicht nur in der späteren Nutzung, sondern auch in den verschiedenen Etappen der Bauphase. In diesem Sinne sehen wir die angestrebte Erstellung des Campus Wattwil samt der Bereitstellung der gemeinsamen Aussensport- sowie der Hallensportanlage als sehr gute Gesamtlösung für alle Beteiligten an.

Insgesamt erscheinen uns die baulichen Aspekte der Vorlage als ausserordentlich gelungen. Bei den bildungspolitischen Aspekten fällt die Beurteilung allerdings etwas durchgezogen aus. Dazu sind die Beurteilungsgrundlagen in der Vorlage etwas dünn und nicht aktuell. Wir vermissen in der Vorlage eine kurze, schlanke und fokussierte Aktualisierung der strategischen Investitionsplanung für st.gallische Bildungseinrichtungen. Ich denke, dass das Bildungsdepartement einen Mangel, nämlich die fundierte Begründung der Standortfrage, selbst erkannt hat und kurzfristig ein zusätzliches Dokument nachgeschoben hat⁹. Leider fehlen uns aber immer noch die für die Zukunft prognostizierten Schülerzahlen. Die FDP-Delegation sieht die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Projektes und befürwortet das Eintreten. Gerne werden wir uns dann noch genauer in der Spezialdiskussion melden und sind angesichts der kurzfristig offenen Fragen betreffend Holzbau und Architekturverfahren allenfalls auch offen, diese an einer weiteren Kommissionssitzung fundierter zu beraten, falls diese heute nicht seriös möglich sein sollte.

Thurnherr-Wattwil (im Namen der SP-GRÜ-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Wir bedanken uns für die Ausarbeitung der Bauvorlage. Für die SP-GRÜ-Delegation ist die Botschaft wasserdicht und «verhebet». Sie hat allerdings etwas lange auf sich warten lassen. Alois Gunzenreiner beehrte auch schon auf, dass es etwas schneller hätte gehen können. Als erste Phase war die Standortfrage zu klären. Regierungspräsident Kölliker wies auch darauf hin, dass weitere Massnahmen geprüft und Verhandlungen mit dem Kanton Zürich geführt wurden. Dies, weil im Kanton Zürich zwei Kantonsschulen gebaut werden – dies als Ergänzung zur umfassenden Standortfrage und den Vorarbeiten der Departemente.

Seit dem Jahr 2015 wissen wir, dass ein Campus in Wattwil geplant werden soll. Das BWZT und die KSW befinden sich seit sieben Jahren gemeinsam auf den Sportanlagen. Das ist ein ganz anderes Gefühl und dieses Modell macht Freude und Sinn. Der Wegfall der WMS im Jahr 2016 hat Wattwil wehgetan und daran erkennt man auch die kritische Grösse einer Kantonsschule. Auf die angesprochenen Synergien werden wir in der Spezialdiskussion eingehen. Für die SP-GRÜ-Delegation ist die Frage der Anbindung des öffentlichen Verkehrs zentral. Diese Vorgabe ist in Wattwil optimal gegeben.

⁹ Vgl. Beilage 2.

3.1 Besichtigungsrundgang

Die vorberatende Kommission besichtigt das Areal des BWZT, das Areal Rietstein sowie die Kantonsschule Wattwil. Die BWZT ist gut unterhalten worden. Dennoch sind bauliche Massnahmen im Bereich bauliche Sicherheit, Brandschutz und Erdbebensicherheit notwendig. Sie verfügt über diverse Spezialunterrichtszimmer (z.B. Bäckerei, Elektrik, Werkraum), die den einzelnen Berufsausbildungen gerecht werden müssen. In diesen Zimmern ist kein Allgemeinunterricht möglich. Die Turnhalle ist relativ klein bemessen. Die öffentlichen Parkplätze um die BWZT werden von der Gemeinde bewirtschaftet. Eine Aufstockung des Gebäudes wurde geprüft und für möglich befunden. Bei der Erstellung des Campus Wattwil wird auf einen barrierefreien Zugang geachtet. Im Bereich des Campus ist in Zusammenarbeit mit der Gemeinde eine Fussgängerbrücke über die Thur geplant. Das Gebäude der Kantonsschule Wattwil entspricht nicht mehr heutigen Standards und erfüllt die Anforderung an die heutige Erdbebensicherheit und an den Brandschutz nicht mehr. Die durchschnittliche Schulzimmergrösse für Allgemeinunterricht liegt bei 56 m², was deutlich unter den heutigen Ansprüchen liegt. Die Begehung eines Zimmers zeigt auf. Aufgrund der Bauart ist es kaum möglich Wände zu verschieben und die Zimmergrössen anzupassen. Auch fehlt es an flexiblen Möglichkeiten, um einem projekt- und gruppenorientierten Unterricht gerecht zu werden.

Mittagspause von 12.00 bis 13.30 Uhr.

4 Spezialdiskussion

Der Kommissionspräsident geht zur Klärung allgemeiner Fragen und zur Prüfung der Vorlage die Botschaft abschnittsweise durch. Die Kommission ist in der Erfüllung ihres Auftrags an die Grundsätze der Gewaltentrennung gebunden (Art. 23 GeschKR). So kann sie z.B. nicht direkt veranlassen, dass das zuständige Departement oder die Regierung die Botschaft nach ihren Wünschen verändert oder anpasst. Anschliessend berät die vorberatende Kommission die einzelnen Ziffern des Beschlusssentwurfs und stimmt über allfällige Anträge ab. Über Aufträge im Zuständigkeitsbereich des Kantonsrates nach Art. 95 GeschKR wird im Anschluss beraten und abgestimmt. Das Rückkommen schliesst die Spezialdiskussion ab.

4.1 Beratung Botschaft

Göldi-Gommiswald: Unter welchem Punkt wird das Zusatzpapier¹⁰ beraten?

Kommissionspräsident: Die Beilage ist nicht Beratungsgegenstand. Sie können sich im Zusammenhang mit der Botschaft bei einem den Standort betreffenden Abschnitt dazu einbringen.

Abschnitt 1.2 (Schwerpunktplanung der Regierung 2017–2027)

Göldi-Gommiswald: Wie gedenkt die Regierung dem Sachverhalt gerecht zu werden, wenn sie in der Botschaft schreibt: «Wichtige Standortfaktoren sind deshalb die Durchlässigkeit und die Qualität von Bildungseinrichtungen, deren regionale, nationale und internationale Vernetzung sowie der Wissenstransfer zwischen Forschung, Bildung und Wirtschaft.»

¹⁰ Vgl. Beilage 2.

Regierungspräsident Kölliker: Das ist eine allgemeine Aussage und trifft überall dort zu, wo ein Austausch mit Wirtschaft und Forschung überhaupt betrieben wird und im Kanton St.Gallen aufrechterhalten oder gefördert wird. In verschiedenen Bereichen sind wir ganz stark. Auf allen Schulstufen soll das auch weiter gepflegt werden. Zum Beispiel in der Fachhochschule ist es stark ausgeprägt.

Göldi-Gommiswald: Bei diesen zwei Schulen sieht man aber keine Synergien beim Wissenstransfer.

Regierungspräsident Kölliker: Dort, wo ein Austausch stattfinden kann, findet er gerade mit der Wirtschaft statt. Das ist bei der Kantonsschule weniger der Fall, aber umso mehr bei der Berufsfachschule. Über die verschiedenen Berufsfelder und Berufsverbände besteht immer ein enger Austausch, der gepflegt wird. Dieser dient dazu, den Ausbildungsauftrag in der Schule bestmöglich zu erfüllen und die Bedürfnisse der Wirtschaft abzuholen.

Widmer-Wil: In der Botschaft steht: «Auf der Grundlage der Schwerpunktplanung der Regierung 2017–2027 hat das Bildungsdepartement seine Departementsstrategie verfasst.», Könnten wir dieses Dokument erhalten oder untersteht das einer Geheimhaltung?¹¹

Regierungspräsident Kölliker: Die Departementsstrategien dienen als Grundlage für die Schwerpunktplanung. Ob diese Strategien zugänglich sind, müsste man abklären.

Widmer-Wil: Können diese gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip herausverlangt werden?

Matthias Renn: In der Staatswirtschaftlichen Kommission prüft die Subkommission Planung der Staatstätigkeit die Planungs- und Controllinginstrumente. Im Rahmen der Prüfung der Schwerpunktplanung werden dabei die Departementsstrategien, das Departementscontrolling und bis auf die letzte Unterlage auf strategische Elemente kontrolliert und geprüft. Die Strategien sind aber nicht öffentlich und im Intranet werden lediglich Zusammenfassungen publiziert. Ob sie unter das Amtsgeheimnis fallen, kann ich nicht abschliessend beantworten. Wir müssten aber abklären, ob diese Departementsstrategien herausgegeben werden können.¹² Sofern etwas verteilt werden soll, würden wir die Unterlagen dem Protokoll beilegen, jedoch nicht in gedruckter Form, sondern lediglich elektronisch im geschützten Bereich des Ratsinformationssystems.¹³

Abschnitt 1.3 (Strategische Schulraumplanung)

Göldi-Gommiswald: Aus der Medienmitteilung¹⁴ der vorberatenden Kommission zum Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrum St.Gallen am Standort Demutstrasse¹⁵ ist ersichtlich, dass die vorberatende Kommission ein Postulat eingereicht hat, das eine Überarbeitung der

¹¹ Rückzug des Antrags Widmer-Wil am 21. März 2019; Mitteilung an die Geschäftsführerin.

¹² Nach Art. 23 Abs. 1 Bst. a GeschKR kann eine vorberatende Kommission die das Geschäft betreffenden Akten einsehen. In diesem Fall könnten der Kommission lediglich die das Geschäft betreffenden Textauszüge (Mittelschule, Berufsschule, Standorte, etc.) aus der Departementsstrategie zur Verfügung gestellt werden. Das Departement beurteilt abschliessend, was und in welchem Umfang zur Verfügung gestellt wird.

¹³ Vgl. Fn. 11.

¹⁴ Medienmitteilung vom 12. März 2019.

¹⁵ 35.18.05 «Kantonsratsbeschluss über die Gesamterneuerung des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums St.Gallen, Standort Demutstrasse», Botschaft und Entwurf der Regierung vom 4. Dezember 2018.

strategischen Investitionsplanung für st.gallische Bildungseinrichtungen¹⁶ vorsieht. Welche Haltung hat die Regierung gegenüber dem Postulat?

Vor einem Jahr haben wir das Gebäude an der Lämmli brunnenstrasse saniert.¹⁷ Der Kantonsbaumeister hat uns an der Besichtigung daran erinnert, dass wir von über 47 Mio. Franken sprechen, wenn wir das Gebäude der Kantonsschule komplett sanieren würden. Es würde aber auch Varianten mit einfacheren Sanierungsmassnahmen, aber weniger Raumschaffung geben. Das Gebäude wurde in den 1970er-Jahren für 450 Schülerinnen und Schüler erbaut. Es beinhaltet einen turmartigen Klassentrakt, eine Sporthalle, die wir an der Begehung nicht angeschaut haben, und einen dreigeschossigen Spezialtrakt, den wir gestreift haben. Dann haben wir naturwissenschaftliche Räume, einen zweigeschossigen Verwaltungstrakt und später, im Jahr 1992, hat man diese Schule mit einer Mensa und Videothek erweitert, damit sie für mehr Schülerinnen und Schüler Kapazität hatte. Dies ergibt mit allen Spezialräumen, Aula, Mensa, usw. schätzungsweise Platz für 500 Schülerinnen und Schüler. Am Schluss der Beratung dieser Vorlage wissen wir nicht, was wir mit dem Gebäude machen sollen. Wehrt sich die Regierung gegen dieses Postulat?

Kommissionspräsident: Ich weise darauf hin, dass das genannte Postulat am 5. März 2019 von der vorberatenden Kommission über die Gesamterneuerung des Gewerbliche Berufs- und Weiterbildungszentrums St.Gallen (nachfolgend GBS)¹⁸ eingereicht wurde.

Regierungspräsident Kölliker: Diese Diskussion kam im Zusammenhang mit der vorberatenden Kommission zum GBS auf. Darin wurden verschiedene Aspekte von vielen Seiten eingebracht. Beispielsweise seitens der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell wird gefordert, man solle die Berufsfachschulen kompetenzorientierter führen. Andere Bereiche sind längstens auch dem Kantonsrat bekannt – sprich die Entwicklung der Maturitätsquote. Was auch einen grossen Einfluss hat, ist die IT-Bildungsoffensive – sprich die angenommene Volksabstimmung im Februar. Diese und andere Aspekte beeinflussen vor allem die Berufsfachschulen und eventuell auch das Angebot der Mittelschulen. Als das in der vorberatenden Kommission zur GBS im Ansatz aufgekommen ist, habe ich das Postulat umgehend unterstützt. Die Ausarbeitung wird sehr umfangreich und anspruchsvoll werden, v.a. unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung, der Zuwanderung, den sich in der Digitalisierung verändernden Berufen und auch den Wahlentscheiden der Jugendlichen. Das sind alles Unsicherheiten. Eventuell ergeben sich gewisse Tendenzen oder ein gewisser Einfluss auf die Maturaquote. Ich habe darauf hingewiesen, dass das nicht von heute auf morgen geschieht.

Das erste was uns umtreibt, sind die Veränderungen, welche die Digitalisierung – auch die IT-Bildungsoffensive – mit sich bringt. Wir müssen hier Erkenntnisse gewinnen. Wir sind mit dem Bund im Zusammenhang mit der Berufsbildung im intensiven Gespräch, welche Veränderungen in Zukunft kommen könnten, und erarbeiten diese. Wir werden das in drei Jahren kaum bewerkstelligen können. Die Initianten des Postulats wiesen darauf hin, dass man die Frist im gegensei-

¹⁶ 40.11.02, «Strategische Investitionsplanung für st.gallische Bildungseinrichtungen», Bericht der Regierung vom 18. Januar 2011.

¹⁷ 35.14.02 «Kantonsratsbeschluss über die Instandsetzung und Erneuerung des Verwaltungsgebäudes Lämmli brunnenstrasse 54 in St.Gallen», Botschaft und Entwurf der Regierung vom 15. April 2014.

¹⁸ 35.18.05.

tigen Einvernehmen auch sechs Monate verlängern könnte. Im Zusammenhang mit diesen Bauten sind wir der Überzeugung, dass das Postulat jetzt nicht die Bauvorhaben tangieren kann, weil diese dringend notwendig sind. Aufgrund dieser Auslegeordnung und den vielen Unsicherheiten, weist das Baudepartement auf die benötigte Flexibilität hin, die in alten Bauten nicht möglich ist. Die Kantonsschule ist z.B. relativ starr und unflexibel. Wir brauchen in Zukunft aber bewegliche Wände, die ausgewechselt werden können, damit wir den aktuellen Bedürfnissen entsprechen können. Das beginnt beim Campus Platztor¹⁹, einer Bauvorlage für die Universität St.Gallen, bei der wir dieselbe Ausgangslage hatten. Die Frage ist, wie der Unterricht der Hochschule in Zukunft überhaupt stattfindet. Was in zehn oder 15 Jahren sein wird, wissen wir im Moment noch nicht und darum müssen wir durch die Bauvorhaben möglichst grosse Flexibilität schaffen. Das wurde mit dem mit dem Baudepartement längstens abgestimmt.

Regierungsrat Mächler: Das Postulat macht Sinn. Es gab im Jahr 2011 einen Bericht und nach ungefähr zehn Jahren ist eine Aktualisierung sinnvoll. Wer nun denkt, dass in den nächsten drei bis vier Jahren nichts läuft, wir alle auf die Strategie warten und danach der grosse Befreiungsschlag kommt, der irrt. Die Bedürfnisse müssen wir jetzt lösen. Deshalb werden wir auch weiterhin gewisse Investitionen tätigen müssen, weil Sanierungen anstehen. Zur Frage von Göldi-Gommiswald betreffend die Sanierung der Kantonsschule und zum Betrag, den Werner Binotto erwähnte: Können wir das im Abschnitt 2.1 diskutieren?

Abschnitt 1.4.1 (Kantonsschule Wattwil)

Bärlocher-Eggersriet: Wie steht die Gemeinde Lichtensteig zu dieser Vorlage?

Kommissionspräsident: Ich wechsele den Hut und antworte als Stadtpräsident von Lichtensteig: Lichtensteig wehrte sich nicht gegen diesen Entscheid. Wir hatten einen Kaufvertrag mit dem Kanton unter Vorbehalt der Zustimmung des Kantonsrats. Wir haben freiwillig auf die Unterzeichnung verzichtet, den Vertrag aufgelöst und einen fixen Mietvertrag auf fünf bzw. zehn Jahre unterschrieben. Dieser läuft dann aus und wurde vom Gemeinderat bestätigt im Sinn der Schaffung des Campus Wattwil.

Abschnitt 1.5.1 (Kantonsschule Wattwil)

Göldi-Gommiswald: In diesem Abschnitt wird erwähnt, wie wichtig es für die Regionalpolitik ist, dass der Schulstandort ausgebaut wird. Ich hätte hierzu gerne nähere Ausführungen. Vom Gemeindepräsident von Wattwil wurden uns heute Vormittag Zahlen präsentiert, die mehr als veraltet waren und noch von einem drittelweisen Einzugsgebiet gesprochen hat. Alle wissen, dass nur ein Viertel der Schülerinnen und Schüler aus dem Toggenburg die Schule in Wattwil besuchen und drei Viertel über den Ricken anreisen. Bei den Spitalvorlagen ist in der Zwischenzeit ein Zusatzbericht entstanden, der aufzeigt, was die regionalwirtschaftliche Bedeutung ist. Kann man das auch für die Schule sagen? Wir stellen fest, dass sehr wenig Lehrerinnen und Lehrer hier in der Region wohnen. Die Regierung legt in dieser Vorlage selbst dar, dass die Rekrutierung in dieser Region schwierig ist. Aber man müsste die volkswirtschaftliche Bedeutung einer solchen Schule beziffern können. Wie stellt sich die Regierung dazu? Wir wissen, dass es auch möglich ist eine Berechnung anzustellen. Was ist effektiv – abgesehen von Emotionen, die sehr wohl

¹⁹ 35.18.04 «Kantonsratsbeschluss über die Erstellung des Campus Platztor der Universität St.Gallen», Botschaft und Entwurf der Regierung vom 14. August 2018.

nachvollziehbar und verständlich sind – die volkswirtschaftliche Bedeutung einer solchen Institution an einem Standort, an dem sich weder die Schülerinnen und Schüler noch die Lehrerinnen und Lehrer mehrheitlich aufhalten und wohnen?

Regierungspräsident Kölliker: Die Schule hat eine Bedeutung. Sie führen richtig aus, dass der Nutzen vor Ort in einem beschränkten Mass erfolgt. Wir können es nicht beeinflussen, das kann nur der Gemeindepräsident. Er hat es sehr gut dargelegt. Er versucht die Gemeinde und die Region möglichst attraktiv zu gestalten, damit die Lehrpersonen hier Wohnsitz nehmen. Auf der Sekundarstufe II besteht ein kleiner Unterschied, was die Berufsfachschülerinnen und -schüler sowie die Mittelschülerinnen und -schüler betrifft. Wir werden in Zukunft sehen, wie sich die Leute bezüglich Mittagsverpflegung verhalten werden. Wenn eine Mensa besteht, möchte man natürlich im Gebäude essen. Die anderen gehen ins Dorf und verpflegen sich dort. Wenn sie nicht hier wohnen, ist der Nutzen für den Standort beschränkt. Beim Standortentscheid der Regierung ist wichtig, dass er regionalpolitisch eine Bedeutung hat, aber die Argumente und hauptsächlich nicht regionalpolitische Gründe haben für den Standort Wattwil gesprochen. Ich möchte das in Erinnerung rufen. Man hatte damals eine saubere Auslegeordnung über alle möglichen Aspekte gemacht. Es ist kein regionalpolitischer Entscheid, sondern ein Entscheid, der aufgrund aller vorgelegten Kriterien überzeugend war. Unter anderem spricht dafür, dass das Grundstück bereits dem Kanton gehört. Es macht einen Unterschied, von welcher Schule man spricht, was die regionale Bedeutung volkswirtschaftlich ausmacht. Die Universität St.Gallen führt die Wertschöpfung für die Region nach und kommt auf einen Wert von jährlich 230 Mio. Franken. Dort ist der Wert besser eruierbar und auch bedeutend höher als auf der Sekundarstufe II.

Widmer-Wil: In der Schülerstatistik der Vergangenheit ist auffällig, dass zwischen den Jahren 2007 und 2011 die dargestellten Schülerzahlen nicht übereinstimmen mit den Schülerzahlen, die in verschiedenen Antworten auf Vorstösse enthalten sind. Zudem stimmen sie auch nicht überein mit dem Bericht «Strategische Investitionsplanung für st.gallische Bildungseinrichtungen»²⁰. Die Schülerzahlen, die in der Botschaft aufgeführt sind, sind zu tief. Das ist aber Vergangenheit. Wenn aber bereits die echten Zahlen Abweichungen enthalten, muss man sich fragen, wie es mit den zukünftigen Zahlen aussieht. Das ist relevant. In der Botschaft geht man von 720 Schülerinnen und Schülern aus und führt aus, dass sich die Zahlen einpendeln werden. Das ist schwierig zu errechnen, wenn man die Eckwerte nicht ganz kennt. Trotzdem sind Sie diejenigen, die es am genauesten Wissen müssten. Wie kommen Sie auf die Zahl 720? Welche Eckwerte liegen dieser Zahl zugrunde – sprich welche Maturitätsquote und welche Bevölkerungsentwicklung?

Regierungspräsident Kölliker: Das, was uns im Grundsatz immer leitet, sind die Zahlen vom Bundesamtes für Statistik. Aber diese Zahlen sind immer mit Vorsicht zu geniessen. Nur, wir haben keine andere Möglichkeit. Wir stützen uns auf diese Zahlen ab. Es ist nicht lange her, ungefähr zwei bis drei Jahre, als das Bundesamt für Statistik die Zahlen für den Kanton St.Gallen bereits wieder stark korrigiert hatte. Es ist eine Grundlage, die wir zur Kenntnis nehmen müssen, aber die mit Vorsicht zu geniessen ist, was die Prognosen für die Zukunft anbelangt. Auch hier war das wieder der Fall. Wir haben die Annahmen übernommen, damit wir irgendwie die Zahlen eruieren können. Wir haben viele Ungewissheiten in der Zukunft, gerade im Zusammenhang mit der Berufsbildung in der Sekundarstufe II. Wir wissen nicht wie sich dies verändert. Eventuell führt die Verunsicherung in der Berufsbildung zu einem vermehrten Besuch der Mittelschule. Wir wissen es nicht. Gewisse Berufsbilder sind stark eingebrochen. Ob das nachhaltig sein wird, wissen

²⁰ 43.09.07 «Strategische Investitionsplanung für st.gallische Bildungseinrichtungen», Wortlaut vom 2. Juni 2009.

wir nicht. Andere Aspekte spielen auch mit und haben einen Einfluss. In Sargans haben wir ein Bauvorhaben, das durch die Volksabstimmung durch ist. Wenn wir das heute anschauen, stimmen die Zahlen heute mit dem Geplanten nicht mehr überein. Wir mussten damals eine Annahme treffen und haben heute eine gewisse Abweichung. Aber wie es in fünf oder zehn Jahren aussieht, wissen wir auch nicht. Wir müssen das mit Vorsicht geniessen und auch etwas gelassen nehmen.

Adrian Bachmann: Ein Problem das wir häufig haben, ist, was überhaupt als Schüler zählt und was nicht. Beispielsweise in der Wirtschaftsmittelschule absolvieren die Schülerinnen und Schüler ein Jahr im Praktikum. Dann spielt es eine Rolle, ob man diese Personen in die Statistik aufnimmt oder nicht. Diese Zahl kommt aus dem Amtsbericht der Schulen und es ist möglich, dass hier eine andere Berechnungssystematik zugrunde liegt. Noch ein Kommentar zu den Zahlen der Zukunft: Wir haben Kontakt mit der Fachstelle Statistik des Kantons, welche diese Bevölkerungszahlen auf die Regionen hinunter bricht – bis auf die Gemeinden. Hier stellen wir fest – und steht in der Botschaft auch geschrieben –, dass die Zahlen im Einzugsgebiet der Kantonsschule Wattwil bis ungefähr im Jahr 2030 ansteigen werden und dann stagnieren. Sie steigen aber um weniger als zehn Prozent an. Von dieser Basis aus sind wir ausgegangen. Von der Maturitätsquotensteigerung erhoffen wir uns nicht sehr viel. Das lehrten uns die letzten zehn Jahre, dass wir von der Maturitätsquote keine Wunder erwarten dürfen. So sind diese 720 Schülerinnen und Schüler zustande gekommen.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Bezugnehmend zur Wertschöpfung in der Region: Ich weiss, dass Menschen dort hinziehen, wo verschiedene Kriterien erfüllt sind: ein gutes Berufsbildungsangebot, die Nähe zur Grundversorgung der Gesundheit, ein gutes und breites Kulturangebot oder nur schon ein gutes Telefonnetz. Natürlich ist das für uns regionalpolitisch wichtig. Göldi-Gommiswald, das Linthgebiet ist eine reiche Region, das Toggenburg nicht. Das müssen Sie bei Ihren Giftpfeilen bedenken.

Noger-St.Gallen: Aus dem Stundenplan, der mir freundlicherweise überlassen wurde, stelle ich fest, dass von den 107 Lehrpersonen, die hier an der Kantonsschule Wattwil angestellt sind, 16 im Toggenburg/Neckertal wohnen. Das ist schon ein Beleg dafür, wie dramatisch es ist, Lehrpersonen in dieser Region zu rekrutieren.

Regierungspräsident Kölliker: Wir stellen dies auch bei der Volksschule fest. Es ist eine gesellschaftliche Erscheinung, dass man nicht mehr dort wohnt, wo man unterrichtet. Uns macht dies teilweise auch etwas Sorgen. In der Volksschule hat dies einen gesellschaftlichen Aspekt. Aber allenfalls ist es einfacher, wenn man nicht dort wohnt, wo man unterrichtet. Man kann sich dadurch besser von den Schülerinnen und Schülern und den Eltern abgrenzen.

Abschnitt 1.5.2 (Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg)

Widmer-Wil: Auf Seite 11 steht, dass 96 Lernende aus verschiedenen angrenzenden Kantonen das Berufsbildungszentrum besuchen. Natürlich schenkt dies nun von der Anzahl her nicht ein. Mich interessiert, ob es hier irgendwelche Verträge mit anderen Kantonen gibt, womit das Kontingent gesichert wäre? Gibt es hier allenfalls starke Schwankungen? Wie wird denn abgerechnet?

Regierungspräsident Kölliker: Der Kanton St.Gallen stellt mit seinen Berufsfachschulen in verschiedensten Berufen das Angebot für mehrere Kantone oder die ganze Ostschweiz bereit. Kleinere Kantone können dieses Angebot nicht selbst führen. In diesem Punkt kann man nie genau

sagen, wie die Entwicklung ist. Grundsätzlich spielen hier die Berufsverbände eine Rolle. Sie selber können sich auch nicht leisten, die Ausbildung an mehreren Orten anzubieten. Von daher ist nicht zu erwarten, dass sich heute und morgen etwas verändert. Die grösste Gefahr geht vom Kanton Zürich aus. Wenn der Kanton Zürich etwas ausbaut, liegt es nicht mehr in unserer Hand und Züricher Schülerinnen und Schüler, die bisher im Kanton St.Gallen eine Schule besucht haben, wandern nach Zürich ab. Bei den Sonderschulen haben wir dasselbe Problem. Im Bereich der Berufsbildung ist das aber stabiler als in anderen Schulstufen.

Hans-Peter Steiner: Es gibt Tarife pro Lernenden, die zwischen den Kantonen abgesprochen sind. Das sind fixe Kopfpauschalen. Zur zweiten Frage von Widmer-Wil: Man muss die Reisedistanzen auch berücksichtigen. Im Kanton St.Gallen haben wir im Berufsfachschulbereich die Limite von 1,5 Stunden. Es kann sein, dass deshalb ein Lernender eine Berufsschule in einem anderen Kanton besucht, weil die 1,5 Stunden innerhalb des Kantons St.Gallen nicht gewährleistet werden können. Es gibt natürlich auch das Problem, dass in Schulen, wie z.B. in Ziegelbrücke, Klassengrössen nicht erreicht werden. Dann werden die Schülerinnen und Schüler zu uns geschickt oder umgekehrt. Es gibt dann auch immer noch Einzelgesuche, die anhand einer besonderen Begründung zu einem Austausch führen.

Bruno Müller: Wir sind in regelmässigem Austausch mit den umliegenden Kantonen. Wenn es um den Ausbau von Berufsfachschulen geht, sind wir gegenseitig auf dem aktuellen Stand. Aktuell habe ich keine Kenntnis von dramatischen Einbrüchen bei den Schülerzahlen.

Widmer-Wil: Gemäss Grafik auf Seite 13 gab es den Jahren 2012 bis 2015 eine ziemliche Schwankung. In den Szenarien, die aufgeführt sind und nicht mehr ganz aktuell sind, spricht man von möglichen Rückgängen von 24 bis 30 Prozent – je nach dem, von welchen Basisdaten man ausgeht.

Regierungspräsident Kölliker: In meinem Eintretensreferat habe ich dazu Ausführungen gemacht. Die demographische Entwicklung spielt hier mit. Wenn der Bericht des Postulats²¹ behandelt wird, geht es auch um die Frage einer vermehrten Bildung von Kompetenzzentren und Anpassung von Schulzuweisungsbeschlüssen. Die Beschlüsse des Kantonsrates können unsere Planungen über den Haufen werfen. Bei dieser Entwicklung spielte dieser Effekt mit. Ein Sparpaket hat dazu geführt, dass in Wattwil die kaufmännische Ausbildung nicht mehr angeboten wird. So ist natürlich eine grosse Schülerzahl weggebrochen.

Abschnitt 2.1 (Kantonsschule Wattwil)

Regierungsrat Mächler: Jetzt könnte man auf die Frage von Göldi-Gommiswald zurückkommen: Was für Auswirkungen hat die Sanierung der Näppisueli?

Thomas Bürkle: Im Rahmen der Entwicklung dieses Projekts haben wir als erstes einen Wettbewerb durchgeführt. Die Schule hat grossen Bedarf an Gruppenarbeitsplätzen und Arbeitsplätzen für Lehrpersonen. Die reine Sanierung der Schule war für uns nie ein Thema, was in Frage gestellt wurde. Wir wussten, dass eine Erweiterung nötig ist. Aus den Studien in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wattwil ist ersichtlich, dass die Gemeinde Wattwil uns kurzfristig tatsächlich den Thurpark zur Verfügung gestellt hätte. Bei dieser Variante sind wir vor allem bei den ganzen ortsbaulichen Gegebenheiten an Grenzen gestossen. Wir wussten, wieviel uns die Erneuerung

²¹ 43.19.03 «Strategische Investitionsplanung für Sekundarstufe II», Wortlaut vom 5. März 2019.

der Schule kostet. Das alleine konnte den effektiven Bedarf der Schule nicht abdecken. Zum Beispiel ist die Aula des Schulhauses fast so gross wie das Schulzimmer, in dem wir uns gerade befinden. Es gibt zahlreiche Räume, die den Bedürfnissen nicht mehr standhalten. Das Gebäude kann, so wie es jetzt ist, nicht weiter betrieben werden.

Werner Binotto: Es ist tatsächlich der Fall, dass wir die Erweiterungen im heutigen Gebäude nicht untergebracht hätten. Das Gebäude ist für 450 Schülerinnen und Schüler ausgerichtet, eine Sanierung wäre machbar gewesen. Wir hatten aber nicht genügend Platz. Es bestanden Überlegungen, Rückbauten und Abbrüche vorzunehmen, aber das wäre dann noch teurer geworden. Letztlich sind wir zum Entschluss gelangt, dass die Sanierung nicht weitergeplant werden kann. Wir haben aber auch erkannt, dass das Gebäude für die Übergangslösung ausreicht. Die Bedingungen sind zwar erschwert, aber man kann immer noch unterrichten. So sind wir schliesslich zu diesem Konzept gelangt.

Göldi-Gommiswald: Ich höre aus Ihren Worten eindeutig, dass die Erweiterung am bestehenden Ort nicht hätte untergebracht werden können. Im Jahr 2011 wurde eine strategische Entwicklungsplanung bei den Bildungsbauten durchgeführt, die durch den Kantonsrat verabschiedet wurde. Damals sprach man von einer Sanierung des Hauses, in der Zwischenzeit geht man von einer Standorterweiterung aus. Das Bildungsdepartement erteilte den Auftrag, an diesem Standort eine Schule für 720 Schülerinnen und Schülern zu realisieren. Die bauliche Seite kann diesen Bedarf bei den jetzigen Gegebenheiten nicht unterbringen. Deshalb wurde die Strategie gewechselt und nun spricht man von einem Neubau. In der Strategie ist noch unklar, was mit dem Altbau geschieht. Mich interessiert, was es bedeuten würde, wenn man beispielsweise das bestehende Gebäude für eine vernünftige Anzahl Schülerinnen und Schüler weiter nutzt. Ich nehme zur Kenntnis, dass man dann von einem Gebäude mit 500 Schülerinnen und Schülern spricht und dass es aus pädagogischer Sicht einen sinnvollen Betriebsrahmen gibt. Ich kann das nachvollziehen. Ich nehme ebenfalls zur Kenntnis, dass wenn es um kleinere Erweiterungsoptionen geht, diese durchaus in diesem Gebäude getätigt werden könnten. Jedoch sind auch andere Prämissen zu erwähnen, nämlich, dass man den Fokus nicht von Anfang an auf einen Standort legt und auch die demographische Entwicklung in Betracht zieht. Ich habe die Kriterien, die Regierungspräsident Stefan Kölliker erwähnt hat, selbstverständlich auch nochmals nachgelesen. Wir müssen davon ausgehen, dass der Anteil an Schülerinnen und Schülern aus dem Toggenburg irgendwann kleiner werden wird; das ist absolut absehbar.

Wenn wir das Raumkonzept des Kantons St.Gallen als Grundlage verwenden, bin ich nicht ganz sicher, ob wir hier wirklich eine Strategie verfolgen, die langfristig Sinn macht. Das sind keine Giftpfeile, sondern ich möchte mich ernsthaft damit befassen ob es Sinn macht, an einem Standort, wo man nicht von einem grossen Wachstum ausgehen kann und eine relativ tiefe Maturitätsquote besteht, auszubauen. Denn mit diesem Projekt baut man eigentlich für Schülerinnen und Schüler aus dem Raum Rapperswil-Jona aus. Gemäss Raumplanung werden sich die urbanen Räume weiterentwickeln. Das ist uns allen klar. Vor 100 Jahren hatten wir in Wattwil mehr Einwohner als auf dem heutigen Gebiet der Stadt Rapperswil-Jona. In den 1960er-Jahren wurde ein Entscheid gefällt mit den Landschulen eine gewisse Regionalpolitik zu betreiben. Man versuchte durch den Bau von Spitälern, Altersheimen, Hallenbädern und Schuleinrichtungen eine Landflucht zu verhindern. Wenn ich die beiden Kurven der Fachstelle für Statistik des Kantons St.Gallen betrachte, sieht man, dass mit dem Campus Wattwil ein regionalpolitischer Entscheid gefällt wurde, um sicher zu stellen, dass man die Landregion stärken kann. Ich komme deshalb zum

Schluss, dass wir eine Vorlage auf dem Tisch haben, bei der die Alternative eines zweiten Standorts aus baulicher Sicht gar nicht geprüft worden ist. Ich mache mir Sorgen um unsere Steuergelder. Ich weiss, wer die Zeche schliesslich bezahlt. Das sind die Eltern der Schülerinnen und Schüler, die ihre Kinder hierhin chauffieren. Das, was wir hier sparen, zahlen die Eltern der Südostbahn mit dem Kauf der Zonenkarte. Erschrecken Sie nicht, aber wir sprechen von 500'000 Franken jährlich.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann hat vom armen Toggenburg gesprochen, was ich zur Kenntnis nehme. Aber wir verlangen von anderen, dass sie das selbst privat berappen. Mich würde in diesem Punkt interessieren, wieso die Regierung nicht ein sogenanntes Überlaufmodell geprüft hat. Dass das bestehende Haus weitergenutzt wird und von mir aus als Campus mit der Berufsschule zusammengeführt wird, das macht auch meiner Sicht auch Sinn. Aber warum man für diesen Zweck weitere Schülerinnen und Schüler auch die nächsten 40 bis 50 Jahre hier hinnehmen muss, um ein Haus zu betreiben, das nicht genutzt wird, das kann ich nicht nachvollziehen. Hierzu hätte ich von der Regierung gerne eine klare Antwort.

Regierungsrat Mächler: Ich bin Baulaie, aber Sie müssen einmal die Struktur des Gebäudes der BWZT mit der Gebäudestruktur der Kantonschule Wattwil vergleichen. Die Struktur der Kantonschule lässt einen sinnvollen Betrieb mit der notwendigen Flexibilität gar nicht zu. Das Gebäude der BWZT hat eine klare Struktur. Hier kann man Wände herausbrechen und einziehen, das hat man an der Führung bestens gesehen. In der Näppisueli ist dies nicht möglich. Man kann sich streiten, ob es architektonisch ein schöner Wurf ist, aber wir müssen sagen, es ist für einen Schulbetrieb nicht praktikabel. Hier möchte ich keine Millionen investieren. Für einen Schulbau ist es schlichtweg Quatsch. Es besitzt nicht die notwendige Flexibilität, die wir in Zukunft brauchen werden. Ich war zum damaligen Zeitpunkt noch nicht Mitglied der Regierung, aber ich bin froh, dass das Baudepartement zum Schluss gekommen ist, einen Neubau zu realisieren. Es ist eine Phantasie, wenn man der Meinung ist, man könne dieses Gebäude modern sanieren, damit es den zukünftigen Bedürfnissen gerecht wird.

Zur Umnutzung in zehn Jahren: Ich muss Ihnen sagen, darüber mache ich mir heute überhaupt keine Sorgen. Das Gebäude hat eine zentrale Lage. Man kann bestimmt etwas daraus machen. Wenn wir am Schluss dazu kommen, das Gebäude zu verkaufen, wird es einfach eine Frage des Preises sein. Wahrscheinlich werden wir es nicht besonders teuer verkaufen können. Ich gehe davon aus, dass ein zukünftiger Käufer entsprechend Geld investieren muss. Eins zu eins kann man es wahrscheinlich kaum nutzen. Das Gebäude ist zum Nullwert in der Buchhaltung aufgeführt.

Rüegg-Eschenbach: Ich komme aus dem Wahlkreis See-Gaster. Unsere Gemeinde ist in den letzten Jahren um 300 Personen gewachsen. Ich habe ausgerechnet: Sie sprechen von 43 Prozent, das sind 280 Schülerinnen und Schüler, die schlechter fahren, wenn es in Rapperswil-Jona keinen Standort gibt. Es wird mir niemand erzählen können, dass mein Grosskind schneller ist, wenn es nach Rapperswil-Jona reisen müsste.

Göldi-Gommiswald: Die Zahlen sind auf Seite 8 beschrieben und somit bekannt. Es wird beschrieben, wie viele Schülerinnen und Schüler aus welchen Orten kommen. Ich möchte gerne nochmals zum Ausdruck bringen: Ich ging bis jetzt nicht davon aus, dass wir in Wattwil kein

Schulangebot haben. Ich finde in den Unterlagen keine Informationen über eine ernsthafte Prüfung des Schulangebots in der zweitgrössten Stadt des Kantons. Das finde ich nach wie vor für einen Mangel.

Rüegg-Eschenbach: Im Kanton Schwyz herrscht die grosse Diskussion, dass 300 Schülerinnen und Schüler in Ingenbohl zusammengeführt werden. 300 Schülerinnen und Schüler seien zu wenige für einen Standort. Die Standortfrage ist noch offen. Müssen wir denn auf 1000 aufstocken? 500 Schülerinnen und Schüler in Wattwil und 500 in Rapperswil?

Regierungspräsident Kölliker: Ich habe die Frage nicht ganz verstanden. An Göldi-Gommiswald: Ist es so gemeint, dass es nicht um die zwei Standorte-Strategie geht? Sie haben erwähnt, dass der Standort Wattwil nicht in Frage gestellt wird. Sprechen Sie von der Aufteilung der Schule? Ich verstehe die Diskussion nicht und möchte in Erinnerung rufen, um was es geht: Es geht um Schulen, welche attraktiv sein sollen und eine möglichst hohe Qualität für Schülerinnen und Schüler anbieten. Das muss im Zentrum unser aller Bemühungen stehen. Das ist genau das Ziel der Regierung, nämlich, was dieser Campus bewirken soll. Alles andere was hier diskutiert wird, wie Reisezeit oder Aufteilung, das ist Regional- oder Standortpolitik. Es ist nicht das Wohl der Schülerinnen und Schüler, das im Zentrum steht. Das stört mich ungemein an dieser Diskussion, denn das muss das oberste Ziel sein.

Aktuell befindet sich die Infrastruktur der Schule in Wattwil in einem schlechten Zustand, die Schule liefert jedoch eine hohe Qualität und besonders im Freifachbereich ein unglaubliches Angebot, welches die jungen Leute fördert. Jedes andere Modell schwächt die Schule massiv zu Lasten der Schülerinnen und Schüler. Da kann ich nicht nachvollziehen, dass Monate und Jahre über Reisezeiten von drei oder fünf Minuten diskutiert wird, wenn doch das Ziel ein anderes sein muss. Übrigens, auch für die Lehrpersonen gilt dasselbe. Sie wollen eine möglichst attraktive Schule, die über alle Angebote verfügt und keine Ableger für Einzelne. Es gilt genau dasselbe und das ist vollumfänglich in der Strategie der Regierung enthalten.

Louis-Nessler: Es geht nicht um die Wahlkreise, die aktuell besprochen werden. Es kann durchaus sein, dass jemand aus Gommiswald, der näher nach Wattwil hat, hierherkommt. Die Standortfrage ist nicht an die Wahlkreise gebunden. Göldi-Gommiswald hat gesagt, er stelle nicht den Standort Wattwil in Frage. Diese Diskussion wurde schon jahrelang geführt unter diversen Titeln wie die IG Pro Bildungsstandort Linthgebiet oder der Neubau Kantonsschule Linthgebiet-Toggenburg. Diese Schule sollte dann das ganze Einzugsgebiet abdecken. Man hätte eine Standortlösung. Es ist nicht ganz klar was man will. Interessanterweise liegt mir ein Flyer der IG Pro Bildungsstandort Linthgebiet vor. Wenn man die IG unterstützten will, dann lautet die Rücksendeadresse auf die Region ZürichseeLinth.

Noger-St.Gallen: Es gab tatsächlich eine Phase, in der entschieden wurde, wo eine Schule den besten Standort hat. Diese Phase ist mittlerweile abgeschlossen. Wenn ich Göldi-Gommiswald richtig verstanden habe, sagte er auch, dass es nun nicht mehr die Frage ist, ob die Schule in der angedachten Grösse von 720 Schülerinnen und Schüler hier oder dort sein soll. Jetzt ist die Überlegung, ob eine Schule mit guter Schulqualität und mit Entwicklungsreserven insbesondere im Entwicklungsgebiet Rapperswil-Jona entstehen kann. Wenn hier in Wattwil eine Campus-Lösung entsteht, kann vielleicht auch in Rapperswil-Jona, nicht jetzt, aber in naher Zukunft, auch eine Campus-Lösung in Rapperswil-Jona entstehen. Über das wurde an diesem Tisch philosophiert und ich habe die Überlegungen gehört, was der Sinn sei, aber das wäre eine Fehllösung.

Ich sehe ein, dass die Schule mit einem grossen Schülerpotential von 720 Schülerinnen und Schülern, mehr Angebote bringen kann, um Freifächer durchzuführen. Sie kann ein breiteres Freifachangebot führen und mehr Schülerinnen und Schüler können ein gutes Orchester oder eine Theatergruppe bilden. Das geht, wie Göldi-Gommiswald gesagt hat, zu Lasten dieser, die den weiteren Weg nicht bewerkstelligen können. Wir müssen uns dem bewusst sein, wenn wir hier 720 Schülerinnen und Schüler haben und davon 40 Prozent aus Rapperswil-Jona stammen, dann sind das beinahe 300 Schülerinnen und Schüler, die den Weg auf sich nehmen, um ein breites Freifachangebot und eine breite Schulkultur zu unterstützen. Das lässt sich nicht wegdiskutieren. Es fragt sich, wie gravierend das für Rapperswil-Jona ist. Ich als St.Galler verstehe sehr gut, dass sich Rapperswil-Jona als aufstrebende Stadtregion fragt: Wieso müssen wir das auf lange Frist heraus so weitertragen?

Meine Frage ist: Hat das Bildungsdepartement Vorstellungen, in welchem Moment, das es vielleicht anders sein könnte? Was müsste in der zukünftigen Entwicklung geschehen, damit ein Campus Rapperswil-Jona ebenfalls Sinn macht? Es gäbe Fragen, ob gute Bauparzellen, wie hier in Wattwil, auch in Rapperswil-Jona vorhanden sind. Das ist in Wattwil absolut genial. Wie müsste diese Entwicklung weiter fortgeschritten sein, damit das Potential für zwei gute Schulen über diese Region hinaus vorhanden ist? Wie entwickeln sich die Schülerzahlen, mit der neubedachten Entwicklung der Maturitätsschule auf beiden Ebenen, Berufsmaturität und gymnasiale Maturität? Wie entwickeln sich die Ausbildungen an der Berufsfachschule? Welche Konzepte gibt es in der Zukunft? Vor diesem Hintergrund dann die Frage, wie gross ist die Kapazität, welche hier gestellt werden kann?

Das ist das, was ich von aussen sehen kann und ich stelle einen Mangel fest. Man hat der Region Rapperswil-Jona nicht aufgezeigt, dass es diese Entwicklung geben kann und ein Nutzen denkbar wäre. Man hat sehr gut begründet, warum es nicht möglich ist. Ich habe von Göldi-Gommiswald keine Kritik an diesem Vorhaben in Wattwil gehört – mit Ausnahme der Frage, ob nicht auch eine Sanierung des alten Gebäudes Näppisueli möglich wäre. Wir haben gesehen, dass trotz einer Sanierung und Renovation, nie eine flexibel nutzbare, moderne Schule entstehen würde. Sie hat dem damaligen Frontalunterricht entsprochen und ist für die heutigen Gruppentätigkeiten und den Projektunterricht nicht zufriedenstellend. Mein Bedürfnis als Politiker jenseits dieser Region wäre es, der Region Rapperswil-Jona aufzuzeigen, was sein müsste, damit ein Campus für sie realisierbar wäre? Dann müssten sie vielleicht auch getröstet werden und sagen, dass es nicht in den nächsten 15 Jahren der Fall ist, aber in einer Generation später könnte es sein, dass etwas Neues entstehen könnte und nichts in Wattwil zerstört würde. Die im Bericht des Bildungsdepartementes erwähnte «Loose-Loose-Situation» wäre, wenn man die Standorte heute aufteilen würde. Das gilt vielleicht in 15 oder 20 Jahren nicht mehr, aber dann hätte man Raum für eine Entwicklung, welche bis jetzt nicht vorhanden war.

Regierungsrat Mächler: Ich will die Thematik aufnehmen, weil dem Baudepartement der Vorwurf gemacht wird, dass eine Zwei-Standort-Strategie nie betrachtet wurde und man nicht wisse, was das baulich bedeutet hätte. Diesen Auftrag hat man nie erstellt, weil wie Noger-St.Gallen erwähnt hat, hier eine überzeugende Lösung realisiert werden kann. Dieser Job wurde erledigt, dieses Konzept lässt das zu. Es ist klar, wenn wir unsere Idee, Synergien zu nutzen oder den Flächenbedarf zu minimieren, verfolgen, dass wir in dieser Philosophie, die Standorte zusammenzulegen, nicht gleichzeitig die Philosophie entwerfen, wir könnten etwas auch an einem anderen Standort realisieren, welcher am Schluss flächenmässig viel grösser werden würde. Zwei Schulen zu erstellen, führt zu keiner Synergie, sondern im Gegenteil. Das für uns ausser dem Bau nie etwas

anderes im Vordergrund stand, ist absolut richtig und das gebe ich offen zu. Es muss schliesslich baulich auch einen Sinn machen. An dem Bau stellen wir auch beinahe keine Kritik fest und man erkennt, dass eine überlegte Bauweise dahintersteht. Das war unsere Ambition. Hinsichtlich der bildungspolitischen Diskussion möchte ich mich nicht einmischen, ob nun ein oder zwei Standorte sinnvoll wären. Der Vorwurf, dass man diese Variante nicht geprüft hat, kann uns aber nicht gemacht werden. Was wir gemacht haben, ist eine Schule zu prüfen, welche Sinn macht und das hat Regierungspräsident Kölliker im Eintretensvotum ausgeführt. Es gab Studien über Rapperswil-Jona, Uznach und Wattwil. Immer unter der Prämisse, dass es eine Schule gibt.

Regierungspräsident Kölliker: Zum Vorwurf, das Bildungsdepartement habe das Baudepartement nicht beauftragt, zwei Schulgebäude im Detail zu planen: Das ist erstaunlich, dass genau diese Frage im Raum steht. Das wurde bei den Spitälern offensichtlich falsch gemacht. Es wurde alles möglichst in die Regionen verteilt und man stellt nun fest, dass war ein Fehler. Nun muss man konsolidieren und sich auf weniger Standorte konzentrieren. Es ist immer teurer, mehrere Standorte zu unterhalten aufgrund der Bau- und Betriebskosten. Bei den Spitälern wurde es festgestellt und nun sollen wir darüber diskutieren, dass der offensichtlich falsche Weg bei den Spitälern bei den Bildungsbauten auch noch gegangen werden soll? Das ist für mich paradox. Noger-St.Gallen versucht herauszufinden, ob die Regierung sich zu einer Aussage hinreissen lässt, was in 20 bis 40 Jahren sein könnte. Stellen Sie diese Frage auch bei anderen Geschäften oder Abstimmungen? Wie sollen wir heute Aussagen darüber treffen, was in 20 bis 40 Jahren sein soll, bei Dingen, die heute entschieden werden müssen und bei denen heute ein dringlicher Handlungsbedarf besteht? Es ist nicht legitim, diese Frage hier zu stellen. Dass die demografische Entwicklung und die Zuwanderung mitspielen, ist offensichtlich. Wie die Entwicklung im Einzugsgebiet Sargans, Wil, Wattwil, See-Gaster sein wird, das wissen wir alles auch nicht im Voraus. Eventuell läuft es darauf hinaus, dass irgendwann die Feststellung sein kann, dass die Kantonsschule in Wil zu klein ist und sie aufgestockt werden muss. Sargans wurde entschieden und wird gebaut werden. Wenn Sargans bevölkerungsmässig einen Boom erlebt, liegt ebenfalls auf der Hand, dass die Schule zu klein wird. Es zeichnet sich ab, wenn Bevölkerungswachstum vorhanden ist – und das ist es in verschiedensten Regionen unseres Kantons –, wird uns diese Frage irgendwann einholen. Das ist in 20 oder 30 Jahren ein Thema. Jetzt haben wir ein komplett überzeugendes Projekt.

Bonderer-Sargans: Ich verstehe den Einwand von Regierungspräsident Kölliker, bin aber ganz klar der Meinung, dass die Planung zukunftsgerichtet erfolgen muss. Ich finde das Bauprojekt gut und auch die Synergien, die genutzt werden, optimal. Der Rundgang im jetzigen Kantonsschulgebäude hat mir veranschaulicht, dass ich persönlich höchstens 2 Mio. Franken investieren würde, um das Gebäude abzubauen. Im Gegensatz zur Fehlinvestition von 50 Mio. Franken beim Theater St.Gallen hätten wir bei einer Sanierung der Kantonsschule wenigstens mehr Besucherinnen und Besucher. Es ist wichtig, dass wir nicht in ein Fass ohne Boden investieren – gerade hier, wie Göldi-Gommiswald es gesagt hat, wo die Maturitätsquote tief ist. Mit allem, was man wegnimmt, sinkt diese Maturitätsquote immer weiter. Es ist teilweise ein sozialer Auftrag des Kantons, dass nicht alles in den Zentren gebaut wird, sonst bestünde der Kanton St.Gallen nur noch aus Rapperswil-Jona und St.Gallen. Das ist nicht das Ziel. Fahrzeiten, die kleiner als eine halbe Stunde sind, sind nicht das Problem der heutigen Jugend. Ich muss sagen, wenn es sich in der Zukunft so entwickeln würde, wie wir es hier besprechen, gibt es sicher den Punkt, an dem wir nicht in Wattwil aufstocken, sondern eventuell einen zweiten Campus in Rapperswil-Jona oder wo auch immer diskutieren werden. Davor verschliesst sich niemand. Aber jetzt ist es wichtig, dass wir ein klares Bekenntnis zu diesem Standort abgeben.

Regierungspräsident Kölliker: Wir müssen uns vergegenwärtigen, wenn wir irgendwann in Rapperswil-Jona einen Campus in Aussicht stellen, so haben wir dort eine andere Situation, was den Nachbarkanton anbelangt, als in Wil. In Wil hat sich der Kanton Thurgau mit 20 Prozent am Neubau der Kantonsschule beteiligt – für die Schülerinnen und Schüler aus dem Hinterthurgau. Mit dem Kanton Zürich habe ich vor rund sieben Jahren Gespräche geführt und es hat mich nicht überrascht, was die Zürcher Bildungschefin gesagt hat. Nämlich, dass die Strategie des Kantons Zürichs über alle Bildungsstufen hinweg lautet: Zürich schaut nur für sich selbst. Man arbeitet im Bildungsbereich mit niemandem zusammen. Wir haben es bei den Fachhochschulen gesehen, als sie sich aus der Hochschule Rapperswil-Jona verabschiedet haben. Eventuell verändert sich die Politik im Kanton Zürich, das wissen wir nicht. Wenn wir etwas in Aussicht stellen wollen, müssen wir uns bewusst sein, falls in Rapperswil-Jona etwas angedacht ist, wird es keine Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich geben. Wir müssen selbst für unsere eigenen Bedürfnisse aus dem Kanton St.Gallen sorgen. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen, jedoch kann ich nicht mutmassen, was in 20 Jahren sein wird.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Ich bin derselben Meinung wie Bonderer-Sargans und ich wäre froh, wenn wir einen Weg finden, um diese Diskussion zu beenden. Seit Jahren erklärt uns die Regierung seit der ersten Interpellation, weshalb Wattwil der geeignete Standort ist. Die «Loose-Loose-Situation» ist im Fazit des Berichts des Bildungsdepartementes festgehalten. Wenn wir die Kantonsschule Wattwil wegdenken, gibt es im Westen des Kantons ein Loch ohne Kantonsschule und dort liegt Wattwil genau in der Mitte. Wenn wir vom Schulweg sprechen, aus Rapperswil-Jona ist man in 25 Minuten in Wattwil. Von Unterwasser her dauert die Anreise mit dem öffentlichen Verkehr nach Wattwil 50 Minuten. Es sind wenige Schüler aus Unterwasser, aber diese hätten über eine Stunde nach Rapperswil-Jona. Das mehr Schülerinnen und Schüler aus dem Linthgebiet vorhanden sind, ist uns allen bewusst, nur sind diese schnell in Wattwil. Bitte beenden Sie diese Diskussion, ansonsten stelle ich einen Ordnungsantrag.

Noger-St.Gallen: Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann hat gesagt, es gebe im Westen des Kantons ein Loch und Wattwil sei die Mitte. Das ist Situationskomik. Den Vergleich mit den Spitälern sollte man nicht überstrapazieren, denn dort will der Einzelne ein Spital in der Nähe für die Notsituation, ist aber sonst bereit einen längeren Reiseweg für den besten Arzt auf sich zu nehmen, wenn es nicht so dringend ist. Die Schülerinnen und Schüler, die fünf Tage in der Woche, 40 Wochen im Jahr in die Schule gehen, müssen dorthin gehen, wo sie zugeteilt werden. Ich finde, was Bonderer-Sargans gesagt hat, müssen wir ernst nehmen. Heute Morgen hat jemand als erstes gefragt, ob im Wettbewerb auch Erweiterungsmöglichkeiten für den neuen Campus geplant sind. Natürlich soll man das klären, aber man muss sich das in dem Moment bewusst sein und nochmals hinterfragen. Es war ein kategorisches Nein auf Seite 7 der Botschaft: «Die Dezentralisierung erfuhr ihre Fortsetzung mit der Eröffnung der Kantonsschule Heerbrugg im Jahr 1975 und ihren Abschluss mit der Eröffnung der Kantonsschule Wil im Jahr 2002. » Es galt für das damalige Geschäft, dass man einen Schlussstrich ziehen wollte. Nun sieht man die Situation aus einer anderen Position, die nuancierter ist. Man sollte aufhören mit dieser Diskussion. Ich unterstützte die Idee Campus Wattwil auf jeden Fall. Ich würde es nicht sinnführend finden, diese Schule auf die andere Seite des Ricken umzulagern. Ich würde jedoch erwarten, dass die Regierung mit uns Kantonsräten versucht eine nuancierte Haltung gegenüber den Gegebenheiten aus dem Jahr 2002 mitzutragen. Ob das für die Rechnung von Rapperswil-Jona insgesamt genügt, das müssen sie selbst entscheiden.

Thurnherr-Wattwil: Erinnern Sie sich doch kurz an Ihren Schulweg zurück. Der Schulweg ist in der Botschaft nicht enthalten. Ein Schulweg von 20 bis 25 Minuten ist ein Lernprozess. Lassen Sie uns die Realität nicht gänzlich vergessen. An Göldi-Gommiswald: Die jungen Leute haben so viele Abos; nicht nur ein Abo der Südostbahn, sondern in ganz andere Richtungen. Die Abofrage ist eher zweitrangig. Wenn von Fakten gesprochen wird, möchte ich darauf hinweisen, dass in Rapperswil-Jona ebenfalls Sportstätten geplant sind. Ein Schüler, der das Berufs- und Weiterbildungszentrum Rapperswil-Jona besucht, hat je nach Stundenplan gute oder weniger gute Busverbindungen, der investiert einige Zeit, um nur hin und her zu fahren. Die Sportstättenfrage in Rapperswil-Jona kann man nicht klären, sie ist verbaut.

Göldi-Gommiswald: Es gibt einige Punkte, die nicht zutreffen. Es ist richtig, dass der Kanton Zürich seine Strategie alleine fährt. Zudem hat sich der Kanton Schwyz anboten. Von Seiten des Kantons St.Gallen wollte man das nicht und ich kann das nachvollziehen. Das war aber keine vollständige Aussage.

Regierungspräsident Kölliker: Ich habe nicht über Schwyz gesprochen. Sie müssten mir jedoch erklären, woher Sie diese Informationen haben.

Göldi-Gommiswald: Der zweite Punkt: Einen Schulweg zu haben, ist pädagogisch etwas Sinnvolles. Ich möchte darauf hinweisen, dass die wenigsten Schülerinnen und Schüler, die hier zur Schule gehen, auf dem Perron in Rapperswil-Jona wohnen. Von dort aus hat man tatsächlich 28 Minuten hierhin. Wenn der Schulbeginn im Campus um 7:40 Uhr ist, gehen die allermeisten um 6:40 Uhr aus dem Haus, weil ungefähr um 6.44 Uhr der Bus fährt, den sie nutzen, um an den Bahnhof zu kommen. Der normale Schulweg des Grossteils der Schülerinnen und Schüler dauert nicht eine halbe Stunde; er ist von Rapperswil-Jona gleich weit wie aus St.Gallen.

Der Kantonsstrassenbauer stellte in unmittelbarer Nähe der Sportanlagen und direkt am Perron der Haltestellen ein grösseres Grundstück fest, welches sich durchaus für einen Campus in Rapperswil-Jona eignet, wenn man es nutzen wollte. Man wollte bis jetzt einfach nicht. Die Aussage, dass man in Rapperswil-Jona keinen geeigneten Ort für einen Campus hätte, der besonders gut erschlossen ist und sich die Sportanlagen direkt nebenan befinden, ist schlicht und ergreifend falsch, weil er vorhanden ist. Ich möchte daran erinnern, als die Studien präsentiert wurden, damals noch von Regierungsrat Haag, was die Vor- und Nachteile von beiden Standorten sind. Damals ist man davon ausgegangen, dass gemäss strategischer Planung in Wattwil 60 Mio. Franken investiert werden. Damals hätte die Ausgangslage in Rapperswil-Jona 2 Mio. Franken mehr gekostet, weil der Baugrund hätte gepfählt werden müssen. Nun muss ich Ihnen nicht erzählen, dass dies genau in dieser Vorlage auch steht und dass es jetzt viel mehr kostet. Die wesentliche Differenz war eine Umbuchung, die Willi Haag damals so präsentierte, dass man das Land vom Strassenfonds an den Kanton verkaufen musste, was zu einem Grundstückstransfer geführt hätte. Das wäre dieser Vorlage entsprechend angerechnet worden. Das sind Punkte, welche uns um die Ohren geschlagen wurden.

Ich muss Ihnen sagen, das waren keine sauberen Abklärungen und das hat vielleicht auch dazu geführt, dass wir hier diskutieren. Ich mache beliebt, dass wir feststellen, wenn der Campus in Wattwil eine gute Lösung ist, dass das auch für Rapperswil-Jona zutrifft, welches übrigens auch für seine Berufsfachschule gelobt wird. Auch dort würde ein Campus Sinn machen. Wenn man die Maturitätsquote entsprechend fördern möchte, denke ich, dass der Kanton auch andere Aufgaben hat als Regionalpolitik zu betreiben. Er müsste sich durchaus überlegen: Wie kann man

sich im Bereich des Fachkräftemangels entwickeln? Wie ist das Thema Maturitätsquote anzugehen? Wo ist die Entwicklung der Raumplanung bzw. des Raumkonzepts? Wir wissen, was uns wo erwartet und ich bin der Meinung, dass man auch die Planung angehen soll und eine Strategie entwirft, wie es in Rapperswil-Jona aussehen könnte. Ich erwarte von der Regierung, nachdem sie uns gesagt hat, dass sie bereit ist, die strategische Planung der Bildungsinstitution anzugehen, dass sie diesem Gedanken auch tatsächlich Beachtung schenkt und nicht die zweitgrösste Stadt des Kantons hintenanstehen lässt oder aus der ganzen Diskussion ausschliesst.

Maurer-Altstätten: Zwei kleine Ergänzungen meinerseits. Sie wissen, ich bin Schulpräsident in Altstätten. Bei uns gilt auch der Grundsatz: Schule vom Kind her denken. In der Botschaft der Regierung wird beschrieben, dass aus pädagogischen Gründe die Grösse optimal ist, dann führt aus meiner Sicht kein Weg daran vorbei, dass es in Wattwil einen Campus geben soll. In der Volksschule ist ein Schulweg eines Erstklässlers von 30 Minuten zumutbar. Ich erwarte von Kantonsschülerinnen und -schülern, dass diese einen Weg von einer Stunde alleine bestreiten können. Aus dieser Sicht sind diese Diskussionen müssig, ich bin auch dafür, diese zu beenden. Der Standort in Wattwil ist sinnvoll.

Abschnitt 3.2 (Geprüfte Alternativen)

Göldi-Gommiswald: Beraten wir den Bericht des Bildungsdepartementes an dieser Stelle?

Kommissionspräsident: Die Beilage wird nicht separat behandelt, da sie nicht Teil der Botschaft ist. Man kann nun argumentativ dazu Stellung nehmen.

Göldi-Gommiswald: Ich stelle ein Chaos fest. Regierungspräsident Kölliker präsentierte uns soeben²² die Varianten 1, 2 und 3. Im Bericht des Bildungsdepartementes sind nicht deckungsgleiche Varianten erwähnt. Ich weiss nicht genau, an welche ich mich halten soll. Die Vorgaben sind schwierig. Ich stelle fest, dass man die Interpellationen nicht beantwortet hat, egal ob diese von Barbara Keller-Rapperswil-Jona, Suter-Rapperswil-Jona, Zuberbühler-Gommiswald, Rickert-Rapperswil-Jona oder Kofler-Uznach stammten. Man hat sich nie auf die Prüfung dieser Varianten eingelassen, als die Prüfung der Zwei-Standorte-Lösung stattfand. Das bemängle ich und finde es nach wie vor nicht gut. Auch in dieser hastig nachgereichten Standortanalyse findet das nicht statt und man kommt am Schluss im Fazit, dass keine anderen Varianten gut genug wären, um der ausgewählten Variante das Wasser reichen zu können. Ich stelle fest, dass eine Menge Bewertungspunkte in dieser Ausgangslage komplett anders aussehen müssten, als die auf dem Papier festgehaltenen. Ich bitte Regierungspräsident Kölliker um Stellungnahme. Warum lässt man diese Varianten, welche die logischsten wären, beiseite? Man kann an beiden Orten einen Campus entwickeln, es existiert an beiden Orten bereits eine Schule, ein Rektorat, eine Mensa und Sportstätten. Es ist alles vorhanden. Warum berücksichtigt man die naheliegende Lösung in diesen Auslegeordnungen nicht?

Regierungspräsident Kölliker: Ich verstehe leider nicht ganz. Sie sagen, alles sei vorhanden. Was ist alles bereits vorhanden?

Göldi-Gommiswald: Warum hat man die zweite Strategie mit zwei Campus kategorisch nicht in die Lösung miteinbezogen?

²² Vgl. Beilage 3.

Regierungspräsident Kölliker: Es ist müssig. Wir haben es in den Interpellationen mehrfach beantwortet. Wir haben den Bericht nachgereicht, da wir vermutet haben, dass die Standortfrage wieder entfacht wird. Wir haben es im Bericht sauber dargelegt, der Ihnen vor zehn Tagen zugestellt wurde und darin wurde entsprechend ausgeführt, weshalb die Zwei-Standorte-Strategie in jeder Beziehung, d.h. pädagogisch, finanziell oder organisatorisch, nicht prüfenswert und somit nicht zu verfolgen ist. Ich kann es wiederholen, der Inhalt bleibt derselbe und verbessert sich nie in der Beurteilung. Es bleibt final, definitiv und klar nicht weiter prüfenswert. Mehr kann man dazu nicht sagen.

Göldi-Gommiswald: Ich nehme das zu Kenntnis und stelle fest, dass es für Sie nicht ersichtlich ist, dass es die zwei Campus als Variante zu prüfen gäbe.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Ich stelle den Ordnungsantrag, die Standortdiskussion sofort zu beenden.

Die vorberatende Kommission stimmt dem Ordnungsantrag von Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann mit 8:5 Stimmen bei 2 Enthaltung zu.

Widmer-Wil: Ich sehe ein, dass eine gewisse Mindestgrösse der Kantonsschule vorhanden sein muss, denn ich war selbst Kantonsschullehrer. Eine sinnvolle Grösse ermöglicht erst einigermaßen gute Angebote beispielsweise im Freifächerbereich. Ich denke durchaus auch wie Noger-St.Gallen. Kann man sagen, wie gross eine Mittelschule sein müsste, damit sie Sinn macht? Es gibt private, relativ kleine Mittelschulen. Wie gross müsste eine öffentliche Mittelschule ungefähr sein, damit diese ihre Aufgaben einigermaßen sinnvoll erfüllen kann?

Tina Cassidy: Dafür werden ungefähr 500 Schülerinnen und Schüler benötigt. Das ist jedoch die unterste Grenze. Dann können nicht alle Schwerpunktfächer geführt werden, da man zu wenige Schüler und Schülerinnen hat. Das nimmt man in Kauf. Es ist jedoch nicht das Ziel, zwei kleinere Standorte zu führen, im Wissen, dass man nicht das volle Schwerpunktfächerangebot bieten kann.

Thomas Bürkle: Ich würde gerne aus baulicher Sicht etwas ergänzen. Wir wissen, dass in Heerbrugg und in Wil eigentlich aufgrund der bekannten Anzahl, zu wenige Schülerinnen und Schüler vorhanden sind, um die Räume richtig auszulasten. Die Zahl von 720 Schülerinnen und Schülern basiert auch darauf, dass wir mit den Spezialunterrichtsräumen eine bessere Ausnutzung gewährleisten können. Im Gestalten, Sport und in der Musik muss eine gewisse Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Mit einem Schüleraufgebot von 720 Schüler und Schülerinnen kann man eine viel bessere Schul- und Raumnutzung generieren. Das haben wir vor allem in der Planung zu Heerbrugg und Sargans festgestellt. Die Zahl von 720 Schülerinnen und Schülern kommt nicht von irgendwo. Bei 500 bis 600 Schülerinnen und Schülern wissen wir, dass wir entweder zu viel oder zu wenig Turnunterricht anbieten. Ebenso in den Gestaltungsfächern und vor allem auch in den naturwissenschaftlichen Fächern ist es so, dass wir entweder zu viel Fläche oder zu pessimistisch berechnen. Teilweise ist es eine Frage der Nutzung der einzelnen Spezialunterrichtsräume. Aus baulicher Sicht macht es aufgrund der Spezialunterrichtsräume Sinn, eine Schule in der Grösse von 700 Schülerinnen und Schülern zu planen. In Wil hat man die Aufstockung der allgemeinen Unterrichtszimmer geplant. Das wird sehr schwierig, denn grundsätzlich können wir diese bauen, jedoch fehlen überall die Spezialunterrichtsräume. Auch die Mensa, die

falsch geplant wurde, bleibt dann zu klein. Es fehlen auch genügend Sportanlagen, die jetzt die Gemeinde bietet und wir ankaufen müssten. Es hängt alles zusammen. Man muss sich bewusst sein, dass es nichts hilft, wenn ein paar Schülerinnen und Schüler mehr den Allgemeinunterricht füllen, denn so fehlt der Platz in den Spezialunterrichtsräumen. Das bereitet uns grosse Schwierigkeiten.

Abschnitt 4.2 (Übergeordnete projektspezifische Anforderungen)

Zahner-Kaltbrunn: Zum Parkraumangebot führte Werner Binotto aus, dass je 50 Parkplätze dem Kanton zustehen. In den Dokumenten steht, es seien insgesamt 50 Parkplätze?

Werner Binotto: In meiner Präsentation war ersichtlich, dass schon immer insgesamt rund 50 Parkplätze für beide Schulen vorgesehen waren.

Zahner-Kaltbrunn: Beim Rundgang haben wir erfahren, dass die Parkplatzbewirtschaftung über die Gemeinde geschieht. Wir haben bei verschiedenen Fahrzeugen gesehen, dass diese eine durch die Gemeinde ausgestellte Parkkarte vorweisen. Wird den Lehrpersonen vom Arbeitgeber, dem Kanton, eine Parkkarte zur Verfügung gestellt oder muss diese selbst bei der Gemeinde organisiert werden?

Bruno Müller: Das Amt für Berufsbildung stellt keine Parkkarte zur Verfügung. Jedem ist es privat überlassen, wie er nach Wattwil kommt. Zudem liegt die Schule sehr nahe am Bahnhof.

Zahner-Kaltbrunn: Ich finde das Parkraumangebot liegt an der unteren Grenze. Es dürfte mehr sein, ich bin jedoch mit der Antwort zufrieden. Den Schülerinnen und Schüler bieten wir bewusst keine Parkplätze an, sie sind selbst verantwortlich dafür.

Maurer-Altstätten: Zum Gastrokonzept: Regierungsrat Mächler hat ungefähr fünf Mal die Synergien erwähnt in seinem letzten Votum. Ich schaue ins Spital herüber und habe gehört, dass in einer vermutlich früheren Phase angesprochen wurde, ob eine Verpflegung aus dem Spital möglich wäre. Wurde das genauer abgeklärt?

Regierungsrat Mächler: Wir haben Diskussionen geführt und mit dem Spital Kontakt aufgenommen, da es naheliegend ist, mit dem Spital zusammenzuarbeiten. Wir hatten die Idee, dass weiterhin eine eigene Produktionsküche vorhanden ist. Es schliesst eine Anpassung bei der späteren Detailplanung jedoch nicht aus, falls denn die Küche im Spital ausreichend funktioniert. Momentan hat das Spital selbst Probleme, da es auch das komplette Spital Wil beliefert. Ob die Probleme aktuell gelöst sind, weiss ich leider nicht. Während der damaligen Diskussion waren sie froh, dass sie sich um ihr Hauptgeschäft, der Versorgung mit Essen an die eigenen Spitäler, kümmern konnten. Die Diskussion wird beim konkreten Bau erneut aufgenommen. Es ist noch immer eine Option, wir haben immer versucht, Synergien auszuschöpfen.

Thomas Bürkle: Ganz konkret haben wir diese Abklärungen getätigt. Das Spital müsste ausbauen, wenn sie für beide Schulen das Essen produzieren sollen. Momentan steht alles offen, die Kosten haben wir integriert. Im Detailprojekt muss dies noch vertieft geklärt werden. Die Möglichkeit besteht weiterhin, kurzfristig war es leider nicht möglich, die Verpflegung ohne Umstände anzubieten. Es gab aber kein definitives Nein. Kostenmässig haben wir die Produktionsküche integriert, wenn wir günstiger auskommen, sind wir ebenso froh.

Bärlocher-Eggersriet: Zur Fussgängererschliessung: Die Standortbeteiligung sollte gemäss vorangegangenen Diskussionen bei Bauprojekten immer eine Frage sein. Beim Campus Wattwil wurde sie jedoch nicht thematisiert. Meines Wissens wurde der Kredit für die Fussgängererschliessung bereits gesprochen, wie es Alois Gunzenreiner ausführte. Für mich ist der neue Teiler von zwei Dritteln zu einem Drittel bei den Sportanlagen kein Argument. Wer es benutzt, soll es auch teilweise mitbezahlen. Das ist für mich kein Standortbeitrag. Wie verhält sich das? Der gesellschaftliche und kulturelle Mehrwert wird jeweils angesprochen. Bei der Stadt St.Gallen²³ wurde mit dem Finger darauf gezeigt.

Regierungsrat Mächler: Man hat mit der Gemeinde Wattwil die Diskussion über einen möglichen Standortbeitrag geführt und ist zum Schluss gekommen, dass diese Brücke sinnvoll ist, aber primär von Schülerinnen und Schülern genutzt wird. Sie dient aber auch der Gemeinde insgesamt. Deshalb waren wir klar der Meinung, dass wir es aus Goodwill so machen könnten. Es brauchte Verhandlungsrunden, wurde schliesslich jedoch akzeptiert. Die Bürgerschaft hat einen Kredit über rund 600'000 Franken gesprochen, der für die Brücke aufgewendet wird. Vielleicht kommt das Thema Parkplätze noch auf. Es ist so wie Zahner-Kaltbrunn erwähnt hat, die Parkplätze werden durch die Gemeinde bewirtschaftet. Bei der Kantonalisierung und der Übernahme des BWZT im Jahr 2002 kam es zu einer Dienstbarkeit. An anderen Schulen gibt es auch solche Dienstbarkeiten, beispielsweise am Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrum St.Gallen. Für uns war aber klar, falls bei der Erweiterung der Halle Parkplätze aufgehoben werden, würden wir die Gemeinde sicher nicht für Dienstbarkeiten auszahlen. Es besteht ein Commitment. Falls für den Bau ein Bedarf besteht, werden uns die Parkplätze zur Verfügung gestellt. Es muss kein weiterer Betrag geleistet werden, was grundsätzlich bei der Auflösung von Dienstbarkeiten teuer werden könnte.

Widmer-Wil: Kann das Mobilitätskonzept dem Protokoll beigelegt werden? Wie viele Parkplätze sind aktuell im vorhandenem Gebäude verfügbar? Sind die 50 Parkplätze im Sportbereich integriert oder kämen diese noch hinzu?

Thomas Bürkle: Aktuell sind es 114 Parkplätze inklusive denjenigen beim Sportbereich. Die 50 Parkplätze sind nur für zwei Schulen ausgelegt. Der komplette Aussensportbereich ist ausgeschlossen, da er ausgelagert wird und die Gemeinde den Bau von Parkplätzen übernimmt.

Widmer-Wil: 114 Parkplätze sind aktuell für die zwei Schulen und den Sportbereich verfügbar? Man will diese auf 50 Parkplätze reduzieren? Ich würde wirklich gerne das Mobilitätskonzept sehen. Ich empfinde 50 Parkplätze als zu wenig. Auch Elektromobilität braucht Parkplätze.

Kommissionspräsident: Was für eine Funktion haben die Tiefgaragen der Migros und der SBB?

Werner Binotto: Im Umfeld sind viele neue Parkplätze entstanden. Die Tiefgarage wurde angesprochen. Bei den neuen Sportanlagen wird es ebenfalls Parkplätze geben, welche tagsüber nicht gleich belegt sind wie abends. Am Abend sind diese für Vereine angedacht. An sich haben wir viele Parkplätze in der Gegend. Das Mobilitätskonzept liegt vor, jedoch erst ein Entwurf. Die Gemeinde bewilligt es in der Regel erst, wenn eine konkrete Baubewilligung vorliegt. Aktuell ist somit nur der Entwurf vorhanden. Der Ablauf ist in St.Gallen genau derselbe.

²³ 35.18.05 «Kantonsratsbeschluss über die Gesamterneuerung des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums St.Gallen, Standort Demutstrasse», Botschaft und Entwurf der Regierung vom 4. Dezember 2018.

Widmer-Wil: Ich brauche die Grundlage für die Planung von 50 Parkplätzen. Da angedacht ist, dass 50 Stück ausreichen. Ich finde das zu wenige.

Regierungsrat Mächler: An diesem Standort mit direktem Gleisanschluss und einer nicht ausgelasteten Tiefgarage zu meinen, es hätte zu wenige Parkplätze, ist befremdlich. An diesem Standort sind wir gut angebunden und haben so viele bewirtschaftete Parkplätze, dass wir sicher nicht auf Staatskosten zusätzliche Parkplätze erstellen. Ich bin der Meinung, wir sollten nicht nur ständig über CO₂-Reduktionen sprechen und uns gleichzeitig entgegengesetzt verhalten. Ich bin der Meinung, 50 Parkplätze sind ausreichend. Wenn unsere Schülerinnen und Schüler in Zukunft feststellen, dass zu wenige Parkplätze vorhanden sind und daraus für den einen oder anderen ein ÖV-Ticket in Frage kommt, ist das eine Bewegung in die richtige Richtung.

Thurnherr-Wattwil: Ich bin derselben Meinung. Am Standort Wattwil sind genau drei Parkplätze reserviert, nämlich für den Rektor, den Verwalter und die Mensa. Alle anderen sind öffentlich. In Lichtensteig sind ebenfalls Spezialplätze vorhanden. Die Zahl ist viel zu hoch.

Werner Binotto: Die insgesamt 114 Parkplätze befinden sich auf dem Gelände und werden tatsächlich fremdgenutzt.

Thomas Bürkle: An der Kantonsschule an der Näppisuelistrasse sind 17 Plätze für die Schule vorhanden. Wir hatten das Gefühl, dass das machbar ist. Vier Stück sind effektiv für die Schulleitung, die Verwaltung und das Sekretariat sowie einer für den Hauswart reserviert. Oft kommt das Gefühl auf, die Schule sei mit Autos völlig belagert. Das stimmt leider nicht, es sind öffentliche Parkplätze. Bei der Turnhalle ist es dasselbe. Diese Parkplätze werden grösstenteils auch im Freizeitbetrieb genutzt, nicht durch die Schule. Wir haben wenige Sportlehrer, die mit dem Auto zur Arbeit kommen. Ich finde, insgesamt hat im Kanton St.Gallen weder ein Mitarbeitender, noch ein Regierungsrat einen Anspruch auf einen Parkplatz. Jeder muss diesen selbst bezahlen. Tiefgaragen zu bauen wäre jedoch absurd. Es gibt fast nichts Besseres, als die Lage der BWZT hier in Wattwil.

Widmer-Wil: Ich möchte keine Gratisparkplätze. Selbstverständlich müssen diese bezahlt werden und mir persönlich ist es egal, wem diese gehören. Ich bitte darum, in einer kurzen Aufstellung aufzuzeigen, wie viele Parkplätze sich in der Tiefgarage befinden. Über eine halb leere Tiefgarage ist in der Vorlage nichts erwähnt. Es steht auch nichts über Parkplätze bei den Sportanlagen darin geschrieben. Ich möchte lediglich eine grobe Übersicht über die nutzbaren Parkplätze.²⁴

Regierungsrat Mächler: Wir nehmen das auf und legen dar, wie viele Tiefgaragenplätze insgesamt vorhanden sind und welche Parkplätze in der Nähe verfügbar sind. Es hat genügend Parkplätze. Der Nutzer hat die Kosten zu bezahlen. Die Tiefgarage ist gross.

Abschnitt 4.3.5 (Energie / Ökologie / Gebäudetechnik)

Göldi-Gommiswald: Kann ich bei der Wärmeerzeugung mit Fernwärme davon ausgehen, dass kein fossiler Brennstoff verwendet wird, sondern auf CO₂-Neutralität geachtet wird?

Regierungsrat Mächler: Es gibt ein bestehendes Fernwärmewerk, an das die Schule angeschlossen wird bzw. das Gebäude ist bereits daran angeschlossen.

²⁴ Vgl. Beilage 8.

Thomas Bürkle: Die beiden Schulen sind an dasselbe Fernwärmewerk angeschlossen wie die Gemeinde Wattwil.

Regierungsrat Mächler: Wer betreibt das?

Kommissionspräsident: Die Betreiberin ist die Thurwerke AG, die Holzschnitzel verwendet.

Pause von 15.25-15.40 Uhr.

Abschnitt 4.4 (Weitere [übergeordnete] Rahmenbedingungen)

Noger-St.Gallen: Ich habe ein ähnliches Votum bereits in einer anderen vorbereitenden Kommission zur GBS St.Gallen²⁵ gehalten. Ich kann mich noch erinnern, als das Architekturbüro Guido Margaroli seine Studie über die Zimmerauslastung machte. Diese basiert auf der Prämisse, dass acht Lektionen je Tag an fünf Tagen 100 Prozent entsprechen. Ich habe damals schon erwähnt, dass diese Annahme dem Anspruch gleichkommt, ein Auto mit fünf Sitzplätzen mit vier Passagieren als ausgelastet zu bezeichnen. Tatsache ist, man kann den Stundenplan jeder Schule betrachten, es werden je Tag mehr als acht Lektionen unterrichtet. Man könnte durchaus auch von 11 Lektionen je Tag sprechen und das mal fünf Tage wären dann 100 Prozent. Dies gilt natürlich nicht für jeden Zimmertypus. Für ein Labor gilt vielleicht etwas anders – wegen der Vor- und Nachbereitung – als für ein allgemeines Schulzimmer. Einfach als Beitrag dazu, dass man nicht systemimmanent zu viel Schulraum bereitstellt. Denn es sind Reserven vorhanden.

Abschnitt 4.5 (Ersatzneubau Kantonsschule Wattwil)

Zahner-Kaltbrunn: Ich möchte beliebt machen, dass wir gewisse Reserven in diesen Bau einkalkulieren. Die Berufs- und Laufbahnberatung (nachfolgend BIZ) liegt auf der anderen Seite der Strasse. Hier muss man langfristig denken und eigene Räumlichkeiten anbieten können im Campus. Einleitend wurde erwähnt, dass Mittelschülerinnen und Mittelschüler Projektpreise gewinnen, meistens kommt es bei solchen Projekten zur Weiterentwicklung in ein Start-up Unternehmen. Allenfalls könnte man auch dort den Jugendlichen innovativ etwas zur Verfügung stellen. Die Frage ist nur, wer das finanziert. Wenn Eigenbedarf besteht, könnte man auf diese Reserven zurückgreifen.

Regierungsrat Mächler: Noger-St.Gallen stellt eigentlich den Nenner zur Disposition. Der Vorteil am bisherigen Nenner, der täglich von acht Lektion als 100 Prozent ausgeht, ist, dass man die Schulzimmer durchaus 120 Prozent nutzen kann. Das gibt uns die Flexibilität, um höhere Schülerzahlen abzufangen. Man kann sich natürlich fragen, wie eine 120 Prozent-Belegung möglich ist. Das lösen wir, in dem wir die Randstunden noch besser nutzen oder die Zimmer statt während acht während elf Stunden nutzen. Daher haben wir auch eine gewisse Reservekapazität. Das hat Noger-St.Galler richtigerweise bereits in der vorbereitenden Kommission zur GBS St.Gallen erwähnt. Ein bisschen Reserve ist eingerechnet.

Thomas Bürkle: Das BIZ ist nicht Bestandteil des Raumprogramms. In der Botschaft wurde angesprochen, dass das BIZ nebenan eingemietet ist. Das wurde jetzt nicht eingerechnet. Wäre Ihr Wunsch, dass man das nochmals prüft?

²⁵ 35.18.05 «Kantonsratsbeschluss über die Gesamterneuerung des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrums St.Gallen, Standort Demutstrasse», Botschaft und Entwurf der Regierung vom 4. Dezember 2018.

Zahner-Kaltbrunn: Wir haben aktuell eine günstige Mietlösung, das ist für den jetzigen Zeitpunkt in Ordnung. Aber das ist nicht langfristig gedacht. Ich bin der Meinung, man sollte auch kantonale Institutionen einkalkulieren, die bildungsfremd sind. Wenn Räumlichkeiten und Kapazitäten vorhanden sind, werden die Fremdmieten zukünftig sicher nicht günstiger.

Regierungsrat Mächler: Sie möchten, dass wir prüfen, ob das BIZ in den Bau miteinbezogen werden kann? Es ist in der Botschaft erwähnt, dass wir das BIZ heute nicht miteinbeziehen würden. Man hat das anscheinend in einer früheren Phase bereits angeschaut. Es braucht aber doch einen beträchtlichen Raum. Deshalb waren wir der Meinung, dass wir das nicht hineinnehmen möchten. Man kann es aber auch nochmals prüfen, ob es sinnvoll wäre. Aber zu grossen Synergien kommt es mit der Berufsberatung kaum.

Regierungspräsident Kölliker: Das wird im zu erstellenden Postulatsbericht²⁶ behandelt, weil darin eine Auslegeordnung erfolgt, was in Zukunft möglich ist. Ich glaube nicht, dass jetzt beim Bau zusätzliche Eventualitäten berücksichtigt werden können. Es ist Tradition, dass wir grundsätzlich immer vom Ist-Bestand ausgehen und so die Bildungsbauten planen und bauen.

Zahner-Kaltbrunn: Sie sprechen die Tradition an. Ich bin erst seit dem Jahr 2016 Mitglied im Kantonsrat und eher noch ein Jungpolitiker. Aber der Vorschlag, den ich in der Vergangenheit gelesen habe, erweckt bei mir den Eindruck, dass es Tradition ist, dass man Gebäude mit Platzknappheit eröffnet.

Werner Binotto: Die Fachhochschule ist vielleicht ein Spezialfall. Aber grundsätzlich gehen wir vom Ist-Zustand aus. Ich vertrete die Meinung, wie von Regierungsrat Mächler ausgeführt, dass wir in der Belegung stundenplantechnisch Luft nach oben haben. Hier kann man Schwankungen und ein gewisses Wachstum aufnehmen. In Wattwil ist jetzt eine Erweiterung vorgesehen. Für die Ausschreibung muss man bereits eine Erweiterung mit einkalkulieren. Ob wir diese dann jemals ein- oder auslösen, ist eine andere Frage. Beim Gesamtprojekt muss eine Erweiterung berücksichtigt werden. Das beste Beispiel ist der untere Teil dieses Gebäudes, den man aufstocken kann. Wir denken, das ist gut angedacht, um das Gebäude so weiterzubauen. Was Sie ansprechen, wäre eine andere Strategie, in der das BIZ in das Raumprogramm einfließen soll. Das ist eine Erweiterung des Raumprogramms und damit eine Vergrösserung des Projekts. Das kann man natürlich machen, das war aber bisher nicht Bestandteil der Aufgabe. Ich setze mich eigentlich immer für grosszügiges Bauen ein, aber nicht für zu grosses Bauen. Das betrachte ich als keine gute Strategie. Grosszügiges Bauen heisst für mich, Räume zu erstellen, die ich allenfalls einmal weniger intensiv nutze, aber auch die Möglichkeit habe, sie zu übernutzen. Zu gross bauen bedeutet, ich generiere viel zu viel Fläche, die konsumiert wird und die ich vermutlich nie mehr im Griff haben werde, um weitere Nutzungen zu realisieren. Grosszügiges Bauen ist für mich eine andere Haltung, indem man die Räume vielleicht etwas grösser, breiter und v.a. höher gestaltet. Auf zu viel Fläche zu bauen heisst, ich verbaue zu viel Land, dass dann klarerweise belegt ist.

Widmer-Wil: Ich möchte Zahner-Kaltbrunn unterstützen. Alle Erfahrungen zeigen – auch bei der Kantonsschule Wattwil –, dass früher oder später zu klein gebaut wurde. In den Projekten, die ich realisiert habe, bin ich gut gefahren, wenn man lieber etwas zu gross gebaut und den vorrätigen Platz sinnvoll vermietet hat. Wenn man den Platz irgendwann benötigt, kann man den Mietern

²⁶ Postulat 43.19.03.

kündigen. Das entspricht leider nicht der Tradition des Kantons St.Gallen. Dieser baut gerademaß so viel, dass es genau aufgeht. Meine Haltung ist, dass man mehr in die Zukunft blicken sollte. Insgesamt kommt das nicht viel teurer; wenn man vermieten kann sowieso nicht. Gemäss dem nachgelieferten Bericht machen 80 Prozent der Kosten die Lohnkosten und nicht den Beton aus. Billiger bauen wir anschliessend nicht mehr. Ich bitte, dieses Anliegen aufzunehmen. Ich sehe, dass es beim jetzigen Projekt vermutlich nicht mehr integrierbar ist. Aber wir sollten es generell aufnehmen. Ich finde es wichtig, in der Ausschreibung die Erweiterungsmöglichkeiten als Option einzuschliessen. Im Gebäude der BWZT würde das damals vorbildlich umgesetzt, viel besser als vorne in der Kantonsschule. Wir möchten das im Sinne einer Anregung mitgeben, nicht im Sinne eines Auftrags.

Werner Binotto: Mit Drittnutzern ist es nicht ganz einfach. Unsere Gebäude befinden sich in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen. Dort können nicht wahllos Räume vermietet, Wohnungen oder gewerbliche Büros erstellt werden. Sonst entsteht ein Zonenproblem. Dieses Problem wurde in Sargans relevant, weil wir dort einen Küchenbetreiber haben, der auch als Caterer, also extern, auftritt. Wir mussten diesen Fall ausführlich rechtlich abklären, wie viel externer Cateringbetrieb überhaupt zulässig wäre, damit er nicht als zonenfremder Betrieb gilt, wenn er zu viele externe Geschäfte betreibt. Aufgrund dieses Beispiels sind wir etwas vorsichtiger geworden mit zusätzlichen Nutzungen. Ich finde es grundsätzlich einen guten Gedanken. Das würde aber bedeuten, dass wir in Zukunft eine andere Baustrategie und einen anderen Ansatz verfolgen müssten.

Bonderer-Sargans: Es wäre schön, wenn das BIZ im Campus Wattwil integriert wäre. Das wäre eine wichtige Investition.

Regierungspräsident Kölliker: Als Anregung kann man das aufnehmen und die Option prüfen. Ich glaube nicht, dass man das gesamte Projekt auf den Kopf stellt, wenn man das nochmals anschaut. Aber es stellt sich die Frage des Platzes und wie hoch die Kosten sind. Der Vorteil des neuen Immobilienmanagements ist, dass man noch nicht in Details verfahren ist.

Göldi-Gommiswald: Ich teile die Auffassung, dass das BIZ in die Nähe der Berufsschule gehört. Ich finde das eine sehr gute Idee. Nur, habe ich mir von meinem Sitznachbarn sagen lassen, es sei direkt auf der anderen Strassenseite. In dem Sinne sehe ich den Mehrwert nicht, wenn wir das BIZ in den Campus aufnehmen würden.

Bonderer-Sargans: Ich lege meine Interessen offen: Ich bin Beirat der Berufs- und Laufbahnberatung Sarganserland. Mir geht es nicht um die Distanz. Ich denke nur, dass das BIZ auch zum Campus gehört. Es ist einfach eine Anregung. Wenn diese Campus-Lösung kommen sollte, finde ich es super, wenn das BIZ dort einziehen könnte. Dann wäre alles an einem Ort.

Bruno Müller: Wir haben diese Thema mit dem Baudepartement angeschaut und kamen auf einer hohen Flughöhe zum Schluss, dass das vorerst keinen Sinn macht. Das heisst nicht, dass es ausgeschlossen ist. Wir dürfen in den nächsten Jahren den erwähnten Postulatsbericht erarbeiten und darin könnte diese Frage abgehandelt werden.

Zahner-Kaltbrunn: Das BIZ ist in der Nähe, aber man weiss noch nicht, was der Vermieter dort zukünftig mit der Fläche plant, die für das BIZ zurzeit genutzt wird. Jetzt wird die Aussage ge-

macht, dass es vorerst kein Thema sei, aber vielleicht in späterer Zukunft. Will der Kanton wirklich gerademaß so bauen, dass es einfach aufgeht? Ich finde, man sollte das jetzt schon einplanen. Ich kann mir unmöglich vorstellen, dass es langfristig günstiger sein wird als sich irgendwo einzumieten. Zudem sehe ich wirklich auch ein Potenzial für innovative Jungunternehmen und Start-ups, die aus der BWZT oder der Kantonsschule herauskommen könnten. Hier sind wir schmal gesät, sowohl im Linthgebiet wie auch im Toggenburg. Jetzt haben wir hier ein Projekt, das von Schülerinnen und Schülern aus drei verschiedenen Regionen lanciert wurde, die hier zur Schule gehen. Die nächsten sind in Zürich und St.Gallen.

Kommissionspräsident: Ich lege meine Interessen sowie diejenigen von Louis-Nessler offen: Wir sind beide Verwaltungsmitglieder der Genossenschaft Macherzentrum Toggenburg, die sich um diese innovativen Start-ups im Tal kümmert. Das ist ein Anliegen, das wir regional aufnehmen können.

Regierungsrat Mächler: Grosszügig bauen oder nicht? Es war beim Kanton bisher immer die Idee, dass man mehr oder weniger die Ist-Situation abbildet und so baut. Man muss sich einfach bewusst sein, wenn man von dieser Strategie abkehren möchte, wird es zu Beginn etwas teurer. Da muss man ehrlich sein, wenn man gewisse Reserven bauen möchte. Man kann grundsätzlich davon abweichen. Wenn es im Rahmen dieser Diskussion irgendwann einmal eine Grösse kommt, dass vielleicht sogar eine eigene Schule in Rapperswil erstellt werden müsste, würde ich das jetzt hier nicht unbedingt als sinnvoll betrachten. Wir haben gesagt, wir wissen nicht, was in 20 bis 30 Jahren kommt. Zudem wissen wir nicht, was die Digitalisierung mit dem Schulwesen machen wird. Deshalb wäre ich heute zurückhaltend mit dem Bau von Reserven, weil darin verschiedene Fragezeichen enthalten sind. Platz zur Verfügung stellen für Start-ups ist grundsätzlich nicht der Auftrag, den wir haben. Es gibt für Start-ups sehr viele brachliegende Liegenschaften, wie z.B. alte Industriestandorte, die hervorragend genutzt werden können. In St.Gallen hat es ein Start-up in der ehemaligen Druckerei Zollikofer, das wurde dort umgenutzt. Aber überlassen Sie das doch den Privaten, dafür muss nicht auch noch der Staat sorgen.

Regierungspräsident Kölliker: Das BIZ ist auf Seite 14 der Botschaft aufgeführt. Dort steht abschliessend, dass die Abklärung ergeben hat, dass diese Idee aus finanziellen Aspekten nicht weiterzuverfolgen ist. Der Grundgedanke ist absolut naheliegend und legitim – macht auf den ersten Blick Sinn. Es muss eine gewisse Flexibilität eingebaut werden, gerade auch mit privaten Angeboten, das macht durchaus Sinn. Alles auf einem Kantonsschulcampus einzuplanen für die nächsten Jahrzehnte ist nicht realistisch. Man sollte gewisse Spielgrößen haben mit weiteren Liegenschaften. Auch bezüglich Gemeindeentwicklung bestehen in Zukunft viele Möglichkeiten.

Werner Binotto: Zum Betrieb möchte ich darauf hinweisen, dass wir bis Mitte der 2030er Jahre eine Verdoppelung der Betriebs- und Unterhaltskosten unserer Staatsliegenschaften haben werden. Das wird vor allem durch das bestehende Wachstum getrieben. Wir können diese Zahlen nicht mehr zurückdrehen, das Wachstum besteht. Das sind Volksentscheide und die Kosten werden bei etwa 60 bis 130 Mio. Franken liegen. Wenn sie jetzt noch grösser bauen wollen, kostet der Beton zwar im Moment nicht so viel, aber ich bebaue Flächen und Räume, die ich theoretisch nicht benötige. Diese müssen 20 Jahre bewirtschaftet werden. Stellen Sie sich vor, wir hätten damals aufgemauert und betonierte, es wäre früher günstiger gewesen, aber wir hätten es während 30 bis 40 Jahren leer weiterbetrieben? Das kann letztlich nicht Ihre Idee sein. Wir haben uns immer dafür stark gemacht, dass wir bei den grossen Standorten auch unmittelbar in der Nähe gute Mietobjekte haben. Das gibt uns die Gewähr zu wachsen oder zu schrumpfen. Das können wir

auf dem eigenen Areal unter Umständen viel weniger gut, als wenn wir Mietobjekte dazu nehmen oder auflösen. Es ist insgesamt ökologischer, als wenn wir auf Halden bauen.

Zahner-Kaltbrunn: Wir sitzen ein paar Jahre zu spät hier und diskutieren eine Campuslösung. Ich möchte gar nicht wissen, wie viel Geld der Kanton in den letzten Jahren ausgegeben hat. Es steht leider nicht in der Botschaft, wann man die Mietliegenschaften für zusätzliche Schulräumlichkeiten dazu genommen hat. Nun stopfen wir zusätzlich Geld in die Kantonsschule Wattwil an der Näppisuelistrasse, damit wir sie als Provisorium weiterbetreiben können.

Regierungsrat Mächler: Die Idee dieser Schule, in der wir uns jetzt befinden, ist, dass wir aus allen Mietliegenschaften raus wollen. Sie wollen noch mehr. Sie wollen sogar noch auf der Halde bauen. Das verstehe ich schlichtweg nicht.

Widmer-Wil: Jetzt wird schon etwas übertrieben. Ich habe gesagt, dass man etwas grösser bauen und schlau vermieten soll. Das BIZ ist eine öffentliche Institution, das ist kein Privater. Man könnte das BIZ einmieten und wenn in 20 Jahren der Platz für die Schule benötigt wird, kann das BIZ wieder ausziehen. Das wollte ich zum Ausdruck bringen – nicht, dass die Räume leer stehen sollen. Das möchte ich klar betonen. Wenn wir auf Seite 14 schreiben, man hätte das überprüft und es sei aus finanziellen Aspekten nicht weiterverfolgt worden, dann möchte ich gerne wissen, was wir jetzt für einen Mietzins bezahlen und wie viel es kosten würde, wenn man das jetzt in den neuen Campus integrieren würde.

Kommissionspräsident: Wünschen Sie einen Auftrag an die Regierung, der lautet: «Die Regierung wird eingeladen, zu prüfen, ob die Berufs- und Laufbahnberatung (BIZ) in den Campus Wattwil integriert werden kann.»?

Widmer-Wil: Darüber werden wir anschliessend diskutieren, ob wir das machen wollen. Wir werden darauf zurückkommen.

Abschnitt 4.5.3 (Naturgefahren)

Egli-Wil: Wir haben vom Projekt der Thursanierung in Wattwil gehört. Gibt es dazu einen Zeithorizont, wann diese kommen wird? Kann das nicht beschleunigt werden, wenn diese Zusatzaufwände jetzt für den Neubau eingeplant werden? Ich habe jetzt nie etwas zum Zeithorizont gehört.

Regierungsrat Mächler: Wenn ich das genau wüsste, wäre ich auch froh, denn das ist ein Projekt, das ehrlicherweise hoch umstritten ist. Auf dem hier betroffenen Areal geht es neben dem Hochwasserschutz auch um die Ökologie. Man möchte die Thur südlich und nördlich ausweiten und dann ist der Konflikt mit der Landwirtschaft selbstverständlich gegeben. Zeitlich kann es sein, dass es locker noch fünf bis zehn Jahre dauert, bis wir mit der Realisierung beginnen können. Wir haben jetzt für den Campus Wattwil alles so vorbereitet, dass das Projekt der Thursanierung die Arbeiten nicht stören wird. Das Hochbauamt ist über alles in Kenntnis gesetzt, was mit diesem Projekt verbunden ist. Somit ist gesichert, dass wir die Baulinien und die Gewässerabstände einhalten können.

Egli-Wil: Es irritiert mich etwas, dass für den Campus Neubau entsprechende Hochwasserschutzmassnahmen erforderlich sind. Das heisst, das verteuert den Campusbau zusätzlich, wenn der Objektschutz ebenfalls gewährleistet werden muss. Liege ich da falsch?

Regierungsrat Mächler: Im Moment ist es so, dass der Hochwasserschutz nicht optimal ist. Das Ziel des Thursanierungsprojekts ist es, diesen zu verbessern. Es kann sein, dass der eine oder andere Objektschutz, den wir jetzt erstellen müssen, nach Abschluss der Thursanierung nicht mehr gemacht werden muss. Aber wir müssten etwa 15 Jahre warten, bis wir mit dem Campusbau beginnen können. Thomas Bürkle, wie viel haben wir für den Objektschutz gegen Hochwasser bei diesen Gebäuden im Budget eingestellt? So könnten wir darlegen, wie viel wir ausgeben würden, wenn das Projekt bereits bestehen würde.

Thomas Bürkle: Kostenmässig kann ich das nicht sagen. Es handelt sich um einen Gesamtwert. Aber was ich sagen kann, dass die heutige Turnhalle (Rietstein) nicht im Hochwasserbereich steht. Wenn der Ausbau der Thur realisiert ist, funktioniert es auch unterhalb dieses Niveaus. Aber so lange die Thursanierung noch nicht gemacht wurde, müssen wir dort zusätzliche Massnahmen treffen.

Regierungsrat Mächler: Können wir fürs Protokoll herausfinden, wie hoch diese Hochwasserschutz-Objektmassnahmen sind? Ist das machbar?

Kommissionspräsident: Könnte es nicht allenfalls sein, dass gar keine Mehrkosten anfallen, weil man es gemäss einer Studie schon ganz anders baut, z.B. dass man das Niveau anhebt, ohne dass Mehrkosten entstehen? Das ist vermutlich schwierig zu beantworten.

Thomas Bürkle: Wir wollen das Gebäude nicht nach den heutigen Gegebenheiten platzieren. Es bestehen bereits Nachteile auf dem Grundstück. Wir müssen dieses Gebäude relativ weit nach oben anheben. Das hat nichts mehr mit der Turnhalle zu tun, wir erhalten Niveau Probleme. Auch gegenüber der Strasse entstehen verschiedene Probleme, die einfach momentan Grundlage sind. Im Rahmen der Thursanierung hat man hier natürlich viel bessere Möglichkeiten. Wir müssen schauen, wie wir mit dem Amt für Wasserbau zu einer Lösung kommen.

Regierungsrat Mächler: Ich bin skeptisch, ob wir das so schnell realisieren können. Der Widerstand ist ziemlich gross. In diesem Projekt habe ich mir nicht nur Freunde gemacht, aber das gehört dazu. Ich gehe wirklich davon aus, dass es noch einige Jahre dauern wird, bis die Thursanierung realisiert wird.

Abschnitt 4.5.4 (Baugrund)

Adam-St.Gallen: Hier wird beschrieben, wie der Baugrund aussieht. Aber was bedeutet das? Ist das normal oder sind hier bestimmte Vorkehrungen zu treffen? In St.Gallen besteht immer das Problem mit dem Grundwasser.

Thomas Bürkle: Wir müssen den gesamten Baugrund mit grösster Wahrscheinlichkeit pfählen, was zu Mehrkosten führt. Ein grosser Teil des Materials, wenn man es angreift, muss zudem speziell entsorgt werden. Das was wir nicht bearbeiten, können wir gemäss unseren Auskünften bestehen lassen. Aber es ist natürlich belastetes Material. Dazu besteht eine Vereinbarung mit dem Amt für Umwelt.

Adam-St.Gallen: Das gilt in Bezug auf die Altlasten, vom Baugrund her wird es Pfähle geben?

Thomas Bürkle: Genau, weil es sich um belasteten Baugrund handelt. Das Füllmaterial ist nicht belastbar. Wir müssten Felsen haben. Der tragfähige Untergrund ist stark abfallend.

Werner Binotto: Es ist ein schlechter Baugrund.

Abschnitt 4.6.2 (Grundstück Bahnhofstrasse 28, Naturgefahren und Baugrund)

Louis-Nessler: Hier geht es um die Bahnhofstrasse 29, nicht 28? Ist das ein Fehler in der Botschaft?

Regierungsrat Mächler: Das ist korrekt. Sie haben Recht.

Abschnitt 4.7 (Aussensportanlagen)

Bärlocher-Eggersriet: Die Aussensportanlage wird von der Gemeinde Wattwil erstellt und vom Kanton zu zwei Dritteln gemietet. Ist der Kapitalisierungssatz von 5 Prozent Usus? Normalerweise rechnet man in der Immobilienbranche bei einem guten Renditeobjekt mit 5 Prozent. Hier sprechen wir von einer Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Kanton. Die Mietkosten erscheinen mir relativ hoch.

Regierungsrat Mächler: Die Nutzungsvereinbarung wurde lange diskutiert. Es gab auch hinsichtlich des Preises für das Land seitens Gemeinde ganz andere Vorstellungen. Wir haben auch ein Gutachten erstellen lassen. Im Gutachten stand, dass der Quadratmeter rund 270 Franken wert sei. Wir zahlen nicht mehr als dieses Gutachten festhält. Die Gemeinde Wattwil hatte ursprünglich eine Vorstellung von 330 Franken. Hier haben wir verhandelt. Der Kapitalisierungssatz ist sicherlich eher ein hoher Ansatz.

Werner Binotto: Die Beobachtung ist schon richtig. Der Kapitalisierungssatz liegt sonst eher bei 4 bis 4,5 Prozent. Aber hier war es wirklich Verhandlungssache. Es war unsere Strategie, den Bodenpreis aus verschiedenen Gründen tief zu halten und stattdessen bei diesem Punkt eher nachzugeben. Dieses Hin und Her dauerte über Monate und war ein mühsamer Prozess, aber schliesslich fanden wir eine Lösung.

Abschnitt 4.8 (Termine)

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Ich habe eine Frage zum Wettbewerb. Alle Kommissionsmitglieder haben eine E-Mail des Kantonalen Gewerbeverbandes St.Gallen erhalten. Ich habe mir die Mühe gemacht, mit den Verantwortlichen zu sprechen und möchte das Anliegen unterstützen, dass es nicht nur ein selektives Verfahren, in dem nur renommierte Architekturbüros zum Zug kommen, die schon ein grosses Gebäude gebaut haben, sondern, dass ein offenes Verfahren geführt wird. So haben auch junge Ostschweizer Architekten eine Chance. Das Ganze wird sowieso anonym juriert. Es gewinnt der Beste. Das wäre das Anliegen von Seiten der SP-GRÜ-Delegation.

Regierungsrat Mächler: Ich habe dieses Schreiben auch erhalten. Ich habe einen transparenten Austausch mit dem Gewerbeverband. Wir machen ohnehin eine offene Ausschreibung. Sie rennen offene Türen ein. Es besteht bereits ein Termin, an dem Werner Binotto und ich uns mit dem St.Galler Gewerbeverband treffen werden. Neu habe ich vom Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein (abgekürzt SIA) noch eine E-Mail erhalten, vielleicht laden wir diese auch noch ein und dann kann diese Thematik besprochen werden.

Werner Binotto: Ich bin erstaunt über diese Anfrage und ich vermute, dass taktische Gründe im Hinblick auf anstehende interessante Aufgaben bestehen. Wir sind derjenige Kanton, der mit Ab-

stand am meisten offene Ausschreibungen durchführt. Wenn wir eine Projektqualifikation durchführen, das behalten wir uns auch für die Zukunft vor, bestehen dafür spezifische Gründe. Jedes Mal vermerken wir, dass ein oder zwei junge Architekten ausgewertet werden. Wir waren der einzige Kanton, der die Spitäler so offen ausgeschrieben hat, was dazu geführt hat, dass ein junger Architekt das Kantonsspital St.Gallen baut. Das ist schweizweit einmalig.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Ich nehme zu Kenntnis, dass hier ein offenes Verfahren stattfinden wird. Zu meiner zweiten Frage: Der vorberatenden Kommission des Berichts «Perspektiven der Waldwirtschaft im Kanton St.Gallen»²⁷ wurde vom Bundesamt für Umwelt aufgezeigt, dass die Ausschreibung grosser Bauten komplett aus Holz möglich ist. Was ist die Meinung der Regierung hierzu?

Regierungsrat Mächler: Es wurde zu diesem Thema bereits eine Interpellation²⁸ eingereicht. Darin haben wir dargelegt, dass wir es als Option offenlassen. Wir haben aktuell bei den Baukosten die Variante Holz miteingerechnet. Diese ist etwas teurer. Wir haben dafür 2 Mio. Franken eingestellt, falls die Variante Holz gewählt wird. Wir gehen selber davon aus, dass im offenen Architekturwettbewerb verschiedene Anbieter die Holzbauweise einbringen werden. Im Wettbewerb wird sich zeigen, ob es ein Holzbau oder ein konventioneller Bau wird. Was sicher nicht funktioniert, ist ein Holzbau in diesem Flügel des BWZT, in dem wir uns befinden. Hier haben wir eine andere Konstruktion. Wir sind aber offen und haben die Holzvariante in unseren Zahlen berücksichtigt.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Kann der Kantonsrat explizit einen Holzbau fordern?

Werner Binotto: Dann arbeiten wir auf ein Thema hin, dass nur einen Widerspruch beim Beschaffungswesen auslöst. Uns ist es auch ein Anliegen, Holz zu verwenden und davon möglichst regionales. Wie können wir das erreichen? Zum einen, indem wir auf den Punkt Nachhaltigkeit Wert legen und zum anderen über den SIA-Energiepfad. Das machen wir auch als einer der wenigen Kantone. In der Ausschreibung werden die Primärenergie und der CO₂-Ausstoss einbezogen. Wenn Sie als Anbieter diese beiden Dinge erreichen wollen, müssen Sie regional arbeiten – mit dem Schwergewicht auf Holz – und das wissen die Planer. Wir werden in der Ausschreibung erfassen, dass die Wertschöpfung in der Region bleiben soll. In Salez haben wir den Fehler gemacht, dies nicht explizit schriftlich festzuhalten. Dadurch wurden moderne Holzwerkstoffe verwendet, die bei uns in der Schweiz teilweise nicht hergestellt werden. Wir versuchen, dies in Zukunft besser zu machen, indem wir mehr inländische Produkte verwenden möchten. Ich kann aber nicht garantieren, dass das sämtliche Holz aus dem Toggenburg stammt.

Bonderer-Sargans: Man glaubt offenbar oft, dass Holz das einzige sei, was nachhaltig ist. Man darf nicht vergessen, dass Beton regional aus Kiesgruben produziert und beim Abbruch von Gebäuden wiederverwendet werden kann. Es ist nicht so, dass Beton nicht nachhaltig ist. Ich finde einen offenen Wettbewerb wichtig und dass das beste Projekt gewinnt – egal, ob aus Holz oder Beton.

Widmer-Wil: Werden bei den Beurteilungskriterien ökologische Aspekte sowie die Wertschöpfung in der Region berücksichtigt? Wie hoch wird das gewichtet?

²⁷ 40.18.06 «Perspektiven der Waldwirtschaft im Kanton St.Gallen», Bericht der Regierung vom 25. September 2018.

²⁸ 51.17.69 «Neubau Campus Wattwil als Holzbau?», Wortlaut vom 19. September 2017.

Werner Binotto: Das wird nicht punktemässig gewichtet. Es ist relativ schwierig zu beurteilen. Wir werden die Konstruktionsstärken und -arten in der Jury beurteilen und prüfen, ob das überhaupt im Projekt umgesetzt wurde und in der Region umsetzbar ist.

Widmer-Wil: Ich wollte eigentlich etwas anderes fragen: Die Kantonsschule in Wil ist aus Holz. Das war damals der grösste Holzbau. Wenn ich mich nicht täusche, hat dies damals die vorberatende Kommission entschieden, weil der Stadtammann von Wil für einen Holzbau lobbyiert hatte.

Regierungsrat Mächler: Grundsätzlich können Sie mitnehmen, dass wir gegenüber Holz sehr offen sind – wie bei der Kantonsschule Wil. Das ist schon einige Jahre her. Jüngstes Beispiel, das demnächst eingeweiht wird, ist die Landwirtschaftsschule Salez. Wenn immer möglich, lassen wir einen Holzbau natürlich zu. Das geht aus dem Architekturwettbewerb hervor. Bei der Kantonsschule Wil muss man wissen, dass damals noch das alte Immobilienmanagement galt und der Wettbewerb bereits abgeschlossen war, als die vorberatende Kommission darüber beriet.

Werner Binotto: Ich habe damals als Architekt bei jenem Wettbewerb mitgemacht. Wir haben einen Betonbau eingereicht und wurden deshalb nur Dritte. Es wurde als Holzbau ausgeschrieben, das war vor dem öffentlichen Beschaffungswesen. Das könnte man heute nicht mehr problemlos so durchführen. Unsere Erfahrungen mit Holzbau sind wirklich gut. Wir haben in letzter Zeit relativ viele solche Bauten erstellt. Aber ich teile natürlich die Meinung der Baumeister und wir machten auch sehr gute Erfahrungen mit Massivbauten. Ich glaube sowieso, dass die Hybridbauweisen, die Wechselwirkung zwischen Holz- und Massivbau, klimatisch eine Idee für die Zukunftskonstruktion sein könnte. Wir möchten es etwas in diese Richtung lenken mit der Ausschreibung. Hier ist im Moment die Innovation gefragt und diese trauen wir den Planern zu. Wir müssen die Lösungen, die kommen werden, beurteilen.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Wenn das, was Werner Binotto gesagt hat, zu Protokoll genommen wird, dann ist da für uns in Ordnung und wir werden keinen Antrag stellen.

Regierungsrat Mächler: Sie können das im Eintretensvotum vor dem Kantonsrat darlegen, was Ihre Fraktion das wünscht. Dann kann ich vor Publikum entgegnen, damit es in die Materialien festgehalten ist.

Abschnitt 5.1.2 (Bauvorhaben Erneuerung und Erweiterung Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg)

Göldi-Gommiswald: Wir gingen ursprünglich von einer strategischen Planung aus, bei der beide Bauvorhaben insgesamt 80 Mio. Franken kosteten. Demgegenüber handelt es sich hier um eine 50-prozentige Steigerung. Ich möchte einfach, dass der vorberatenden Kommission an dieser Stelle bewusst ist, dass dies definitiv eine teure Lösung ist.

Regierungsrat Mächler: Das Projekt hat – wie viele Projekte – eine Entwicklung erfahren. Die grösste Kostensteigerung entstand zu dem Zeitpunkt, in dem wir uns jetzt befinden im BWZT. Beim BWZT war einst von 18 Mio. Franken die Rede und jetzt sind wir bei 33 Mio. Franken. Worin liegt der Unterschied? Damals war man in einem früheren Stadium der Planung und meinte, das BWZT müsse man nicht intensiv betrachten und nicht detailliert sanieren. Dies, weil man zuerst davon ausging, dass zuerst die Kantonsschule Wattwil saniert werde. Hier haben Sie recht, ursprünglich ging man von einer weniger in die Tiefe gehenden Renovation aus als wir sie Ihnen

heute präsentieren. Es macht aus heutiger Sicht langfristig mehr Sinn, die Campuslösung zu realisieren, als in zehn Jahren erneut 10 Mio. Franken für die Fassade zu investieren. Wir haben jetzt ein Paket geschnürt, das teurer kommen wird, bei dem jedoch eine Totalsanierung des BWZT vorgesehen ist. Das ist aus Sicht des Baudepartementes und aus Sicht der Regierung langfristig die bessere Variante.

Abschnitt 5.2 (Werterhaltende und wertvermehrende Kosten)

Thomas Bürkle: In der Zeile «Modifikation / Anpassungen» hat sich ein Fehler beim Total eingeschlichen. Diese sollte 3,5 Mio. anstatt 2,5 Mio. Franken betragen. Die Gesamtsumme der Rechnung stimmt. Es handelt sich lediglich um einen Tippfehler.²⁹

Abschnitt 6.5 (Mietkosten)

Bärlocher-Eggersriet: Es wird nur aufgezeigt, was man einspart. Bei den 725'000 Franken müsste man fairerweise 375'000 Franken hinzufügen. So sieht es natürlich besser aus.

Regierungsrat Mächler: In einer Nettobetrachtung haben Sie natürlich Recht. Die Zahl sieht immer noch gut aus. Hier zeigen wir, was wir aufheben werden, wir weisen diese 375'000 Franken auch aus.

Abschnitt 6.7.1 («Campus Wattwil»)

Göldi-Gommiswald: Kann man die Synergien auch beziffern? In der Botschaft steht: «Durch gemeinsam genutzte Infrastrukturen im künftigen «Campus Wattwil» entstehen vielfältige Synergien und die Bau- und Betriebskosten können dadurch optimiert werden.» Die Zusammenstellung beim Bau habe ich gesehen. Wir sparen 2'000 m². Die Betriebskosten wären spannend. Kann man diese Campus-Bildung monetär beziffern im betrieblichen Bereich? Die baulichen Einsparungen sind in der Botschaft ersichtlich.

Werner Binotto: Wir müssten es ausrechnen. Wir nutzen weniger Flächen, dadurch benötigt man auch weniger Personal.

Regierungsrat Mächler: Wir versuchen eine Rechnung zu erstellen. Ich könnte das im Rahmen der Kantonsratsdebatte anfügen. Wir können es nicht auf den Rappen genau errechnen – es wäre eher ein Versuch, die möglichen Einsparungen zu ermitteln. Wir betreiben dann z.B. nur noch eine Küche.

Göldi-Gommiswald: Die Betriebskosten sind ein Teil der Gesamtkosten. Das betrifft auch personelle Kosten.

Regierungsrat Mächler: Wir nehmen das auf.³⁰

Abschnitt 7 (Finanzreferendum)

Göldi-Gommiswald: Ist der nachgereichte Bericht des Bildungsdepartementes öffentlich? Es wurde zu Beginn der Sitzung erwähnt, dass die Beilagen dieser Vorlage bis zur Rechtsgültigkeit des Erlasses vertraulich sind. Habe ich das richtig verstanden?

²⁹ Betrag wurde nachträglich im Ratsinformationssystem bereinigt.

³⁰ Vgl. Beilage 9.

Noger-St.Gallen: Diese Frage wurde auch in der vorberatenden Kommission zur GBS³¹ diskutiert. Ich persönlich bin der Meinung, dass der nachgereichte Bericht des Bildungsdepartementes nicht vertraulich gehandhabt werden soll.

Widmer-Wil: Ich habe mich daran gestört, dass dieser Bericht aus dem Kreis der Kommission an einen Externen weitergereicht wurde – ausser das hat jemand aus der Verwaltung gemacht – wovon ich nicht ausgehe. Mich interessiert, ob jemand, der hier im Raum sitzt, diesen Bericht weitergegeben hat? Diese Person soll sich bitte jetzt melden.

Keine Meldung.

Göldi-Gommiswald: Wohin ging denn dieser Bericht nach aussen? Ich kann guten Gewissens sagen, dass ich nichts weitergegeben habe. Wenn Sie auf das E-Mail von Markus Schwizer an die Kommissionsmitglieder referenzieren, ich kann mir nicht vorstellen, dass er diesen Bericht hat – auf jeden Fall sicher nicht von mir.

Widmer-Wil: Ich habe lediglich die Frage gestellt, ob jemand in diesem Raum diesen Bericht weitergegeben hat? Es hat sich niemand gemeldet, das möchte ich bitte im Protokoll aufnehmen. Meine Frage ist, ob dieser Bericht nur für diese Kommission geschrieben wurde oder es sich um einen allgemeinen Bericht handelt?

Regierungspräsident Kölliker: Der Bericht wurde im Hinblick auf diese Kommissionssitzung erstellt. Wir haben Ihnen diesen Bericht zugestellt. Wir haben ihn nicht den Medien zugestellt. Wir haben nichts dagegen, wenn dieser Bericht öffentlich im Ratsinformationssystem aufgeschaltet wird.

Widmer-Wil: Ich beantrage, dass sämtliche Unterlagen zum Geschäft öffentlich freigegeben werden.

Ich stelle fest, niemand in diesem Raum hat diesen Bericht weitergeleitet. Handelt es sich beim Bericht um eine Kommissionsunterlage oder ist es eine Unterlage, die wir freigeben können? Ich bin der Meinung, man sollte alles frei geben – auch die Präsentationen. Was passiert sonst? Einzelne Folien werden herauskopiert, werden in den Fraktionssitzungen besprochen oder sonst noch verbreitet. Das finde ich schlecht für das ganze Vertrauen. Ich bin der Meinung, sowohl der Bericht wie auch die Unterlagen, die wir heute erhalten haben, sollten öffentlich freigegeben werden. In diesen Unterlagen steht nichts, was geheim wäre.

Regierungspräsident Kölliker: Im Zusammenhang mit diesem Geschäft haben wir kein Problem damit, wenn dieser Zusatzbericht sowie die Präsentationen veröffentlicht sind. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir damit kein Präjudiz schaffen. Damit meine ich, dass jede Kommission das individuell und von Fall zu Fall beurteilen muss

Regierungsrat Mächler: Die Präsentation des Baudepartementes kann öffentlich ins Ratsinformationssystem gestellt werden, wenn das gewünscht wird.

Kommissionspräsident: Wir müssen Alois Gunzenreiner noch fragen, ob seine Präsentation auch freigeschaltet werden kann.

³¹ 35.18.05.

Sandra Stefanovic: Zu welchem Zeitpunkt soll die Veröffentlichung stattfinden? Mit der Veröffentlichung des Protokolls im Ratsinformationssystem oder umgehend?

Kommissionspräsident: Mit der Medienmitteilung der vorberatenden Kommission.

Jäger-Vilters-Wangs: Regierungsrat Kölliker, wurde dieser Bericht speziell für diese Kommission erstellt? Er wurde gemäss Datierung am 15. Februar 2019 erstellt, wir haben ihn erst am 8. März 2019 erhalten. Warum gelangte dieser Bericht nicht schon früher zu uns? Was war der Grund für diese Verzögerung?

Tina Cassidy: Wir haben den Bericht auf die Session des Kantonsrates hin erstellt und die anschliessende Zustellung an die Kommission vorgesehen. Dass der Bericht so spät zugestellt wurde, lag an einem internen Missverständnis im Bildungsdepartement.

Göldi-Gommiswald: Ich beantrage, dass der Bericht des Bildungsdepartementes vom 15. Februar 2019 öffentlich freigegeben wird.

Ich möchte beliebt machen, dass wir jetzt nicht einfach eine Praxis abändern. Ich bin absolut damit einverstanden, dass wir diesen nachgereichten Bericht zusätzlich freigegeben. Ich weiss nicht, ob es klug ist, wenn wir aus der Kommission entscheiden, sämtliche Unterlagen freizuschalten. Das ist etwas, worüber sich das Präsidium Gedanken machen muss. Immerhin ist im Geschäftsreglement des Kantonsrates geregelt, dass die Beratungen nicht öffentlich sind.³² Wenn wir sagen, dass der Bericht ein Zusatz zur Vorlage ist, finde ich das vernünftig. Aber aus der Kommission heraus alles über einen Haufen zu werfen, erachte ich als kritisch. Ich würde beliebt machen, dass wir uns darauf beschränken, den Bericht als öffentlich zu deklarieren, weil er Teil der gesamten Logik ist. Was den Rest anbelangt, sollten wir das Präsidium einladen, sich darüber Gedanken zu machen, ob das Öffentlichkeitsprinzip künftig auch für die vorberatenden Kommissionen gilt.

Kommissionspräsident: Widmer-Wil, Sie haben den Antrag gestellt, alles zu publizieren. Den müssten wir jetzt gegenüberstellen oder schliessen Sie sich Göldi-Gommiswald an?

Widmer-Wil: In diesem E-Mail wird sehr wohl auf den nachgereichten Bericht referenziert. Darin steht, dass die Szenarien die Variante je einen Campus an beiden Standorten – in Wattwil und in Rapperswil-Jona – zu führen, ausser Acht lässt. Jemand, der diesen Bericht nicht hat, könnte das nicht behaupten – dies zur Ergänzung. Ich bin hin und her gerissen. Grundsätzlich sollten wir nicht das System umdrehen. Ich gebe Göldi-Gommiswald Recht, dass es die Aufgabe des Präsidiums ist, sich das wohl zu überlegen. Ich halte jedoch an meinem Antrag fest, die Unterlagen dieser vorberatenden Kommission zu veröffentlichen.

Die vorberatende Kommission zieht den Antrag von Göldi-Gommiswald dem Antrag von Widmer-Wil mit 8:6 Stimmen bei 1 Enthaltung vor.

Die vorberatende Kommission stimmt dem Antrag von Göldi-Gommiswald mit 15:0 Stimmen zu.

³² Art. 59 GeschKR.

4.2 Beratung Beschluss

Die vorberatende Kommission berät die einzelnen Ziffern des Erlassentwurfs und stimmt über allfällige Anträge ab. Werden keine Anträge gestellt, sind weder eine Abstimmung über die einzelnen Ziffern noch eine Abstimmung über den unveränderten Beschluss notwendig.

Titel und Ingress

Kommissionspräsident: Titel und Ingress sind unbestritten.

4.3 Aufträge

Die vorberatende Kommission berät allfällige Aufträge im Zuständigkeitsbereich des Kantonsrates nach Art. 95 GeschKR und stimmt darüber ab.

Kommissionspräsident: Es werden Aufträge nach Art. 95 GeschKR gestellt.

Noger-St.Gallen: Ich stelle folgenden Auftrag nach Art. 95 GeschKR:

«Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat im Rahmen der zu erstellenden strategischen Investitionsplanung auf der Sekundarstufe II aufzuzeigen, unter welchen Bedingungen, u.a.

- Verfügbare Bauparzellen,
 - Bevölkerungsentwicklung,
 - Entwicklung der Schülerinnen- bzw. Schülerzahlen,
 - Entwicklung der Bildungsangebote der Vollzeit-Mittelschulen,
 - Entwicklung der Ausbildungen an den Berufsfachschulen und
 - Kapazität des Campus Wattwil (insbesondere für die Mittelschulklassen)
- auch in Rapperswil-Jona ein Campus analog der in Wattwil konzipierten Lösung entwickelt und betrieben werden kann.»

Wir haben gehört, dass ein Postulat³³ aus einer anderen Kommission³⁴, die Regierung einlädt, eine strategische Investitionsplanung vorzunehmen. Regierungspräsident Köllicker erwähnte, der Postulatsbericht werde zwei bis drei Jahre benötigen, wenn man eine umfangreiche Analyse machen möchte. Ich beantrage, der Regierung den Auftrag zu erteilen, die Entwicklung eines Campus am Standort Rapperswil-Jona in Zusammenhang mit dem bereits eingereichten Postulat zu beantworten. Die Regierung könnte im Rahmen dieser Investitionsplanung Sekundarstufe II aufzeigen, unter welchen Bedingungen ein Campus in Rapperswil-Jona denkbar wäre. Ich habe ein paar Bedingungen aufgeführt.

Regierungspräsident Köllicker: Im Auftrag wird eine strategische Investitionsplanung erwähnt. Das ist ein Begriff aus dem Baudepartement.

Sandra Stefanovic: Steht der Auftrag in Abhängigkeit zum erwähnten Postulat?

³³ 43.19.03.

³⁴ 35.18.05.

Noger-St.Gallen: Wenn das Postulat gutgeheissen wird, wird der Auftrag dort miteinbezogen. Wenn das Postulat vom Kantonsrat abgelehnt wird, interessieren mich die Detailfragen des Auftrags nicht mehr. Ich bin überzeugt, dass das Postulat vom Kantonsrat gutgeheissen wird.

Regierungspräsident Kölliker: Ich habe bezüglich der Erstellung des Postulatsberichts nicht von zwei bis drei Jahren gesprochen, sondern von sicher drei – vermutlich sogar vier – Jahren. Das ist eine komplexe und anspruchsvolle Aufgabe.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Die Regierung würde diesen Postulatsbericht nach dem Geschäft zum Campus Wattwil erstellen?

Regierungspräsident Kölliker: Ja, natürlich.

Louis-Nesslau: Ich weiss nicht, ob wir damit die Diskussion ewig aufflammen lassen. Wir schieben das jetzt etwas vor uns her.

Bärlocher-Eggersriet: Strategisch muss man sich eine Option offenhalten und abklären. In der Botschaft steht auf Seite 7: «Die Dezentralisierung erfuhr ihre Fortsetzung mit der Eröffnung der Kantonsschule Heerbrugg im Jahr 1975 und ihren Abschluss mit der Eröffnung der Kantonsschule Wil im Jahr 2002.» Das ist so sakrosankt. Es wäre nochmals eine Möglichkeit, dies zu überprüfen und diese Option offen zu halten. Dann weiss man schon wieder mehr über die Maturitätsquote in den Regionen. Ich finde es durchaus einen unterstützenswerten Auftrag.

Louis-Nesslau: Was man nicht weiss, ist, ob es wirklich so gut funktionieren wird, wie wir alle glauben. Eigentlich ist es schade, wenn wir jetzt schon festlegen, dass wir den Campus Rapperswil-Jona oder sonst eine andere Lösung planen und stellen dann fest, dass es schlecht läuft.

Jäger-Vilters-Wangs: Ich finde es grundsätzlich eine gute Sache, dass wir uns diese Chance offen behalten und damit die Diskussion um den Campus Rapperswil-Jona etwas beruhigen wollen. Aber damit bildet man schon auch gewisse Risiken auf die Abstimmung hin. Wir müssen bedenken, falls wir einen Auftrag zur Überprüfung der Situation in Rapperswil-Jona erteilen, bei der wir im Moment sagen, dass diese Lösung nicht in Frage kommt, eröffnet es natürlich eine Signalewirkung für Rapperswil-Jona, derer wir uns bewusst sein müssen. Es entsteht ein Hoffnungs-schimmer.

Göldi-Gommiswald: Ich bin nicht gleicher Auffassung wie Jäger-Vilters-Wangs. Wenn man weniger Widerstand aus der Region Zürichsee-Linth möchte, dann tut man sehr gut daran, ein solches Signal zu senden. Ich würde das sehr begrüssen. Ich finde es einen wohlwöblichen Vorstoss und einen Auftrag, den die Regierung problemlos entgegennehmen könnte und in Zusammenhang mit der Gesamtstrategie betrachten könnte, ob und unter welchen Bedingungen eine solche Lösung möglich wäre. Sie kann die effektiven Probleme beurteilen.

Regierungsrat Mächler: Ich bin kein Sprachwissenschaftler, aber die Formulierung «analog in Wattwil» impliziert, dass man den Campus Wattwil befürwortet und sich für die langfristige Perspektive überlegt, ob sich in Rapperswil-Jona etwas verändert. Ich interpretiere das zumindest so und somit kann es allenfalls für die mögliche Abstimmung, insbesondere in See-Gaster, zu einer gewissen Entspannung führen. Das hängt natürlich insbesondere von den Exponenten ab, die das Thema bewirtschaften

Regierungspräsident Kölliker: Ich habe nichts dagegen und ich finde, der letzte Satz bekräftigt den Standort Wattwil. Ich muss die Frage stellen: Wenn in Rapperswil-Jona ein Campus nicht unmittelbar am Standort der Berufsfachschule möglich ist – analog Campus Wattwil –, gefährdet das nicht die Berufsfachschule?

Jäger-Vilters-Wangs: Es geht auch darum, dass allenfalls in 20 Jahren ein entsprechender Bedarf besteht.

Egli-Wil: Muss es als Standort in Rapperswil-Jona sein oder kann es im Linthgebiet sein? Schränkt das nicht ein?

Göldi-Gommiswald: Wir haben in Rapperswil-Jona den Standort einer Berufsfachschule, daher kommt gar nichts anderes in Frage. Es sei dann, man hätte auf den Campus Wattwil verzichtet. Die Regierung hat eine Auslegeordnung über den optimalen Standort gemacht. Darüber möchte ich nicht mehr diskutieren – ich akzeptiere die Abstimmung zum Ordnungsantrag. Wenn wir davon sprechen, als Ergänzung zum Campus Wattwil eine ähnliche Überlegung in der Region Zürichsee-Linth zu machen, dann bin ich der felsenfesten Überzeugung, kommt nur der Standort Rapperswil-Jona in Frage. Ich finde es darum keine Einschränkung, die uns behindert. Mir wurde zugetragen, Regierungspräsident Kölliker habe bei der Besichtigung des Grundstücks in Rapperswil auch hinterfragt, ob man dort nicht in zwei Etappen einen Gesamtcampus bauen könnte.

Regierungspräsident Kölliker: Ich kann diese Aussage nicht bestätigen. Darüber wurde noch nie gesprochen. Die Prüfung einer Campuslösung in Rapperswil-Jona wurde heute mit diesem Auftrag das erste Mal ins Spiel gebracht. Es war noch nie ein Thema. Ich möchte es wiederholen, ich habe die Sorge, dass dieser Berufsfachschulneubau in Rapperswil-Jona gefährdet werden könnte.

Göldi-Gommiswald: Dieser Bau besteht aus zwei Gebäuden. Beide stehen für sich allein, nur gewisse Dinge hängen voneinander ab. Ich sehe darin keine Einschränkung.

Regierungsrat Mächler: Göldi-Gommiswald, Sie kennen die örtliche Situation am besten. Sie wissen, wo das Berufs- und Weiterbildungszentrum Rapperswil-Jona in der Stadt vorgesehen ist. Das ist am Standort der Lakers-Sportarena bzw. des Fussballplatzes. Daneben befindet sich ein grosser Parkplatz.

Regierungspräsident Kölliker: Dort findet jeweils die Premiere des Zirkus Knie statt. Wir haben alles geprüft. Es besteht ebenfalls ein Sportplatz. Man könnte einen Campus erstellen, wenn man den Sportplatz benutzt.

Werner Binotto: Das stimmt. Wir haben diesen Sportplatz aber nicht erwerben können.

Widmer-Wil: Ich kenne mich örtlich nicht aus. Ich verstehe nicht ganz, weshalb dieser Auftrag die Realisierung des Projekts verhindern oder gefährden soll. Sind die zu kleinen Platzverhältnisse der Grund?

Regierungspräsident Kölliker: Ja, natürlich.

Noger-St.Gallen: Ich habe damit eigentlich beabsichtigt, eine gewisse Entspannung herbeizuführen und ein positives Signal auszusenden. Der Auftrag soll das lediglich etwas aufzeigen. Wenn die Regierung entscheidet, die Idee sei nett gewesen, aber es funktioniere aus diesen und jenen Gründen nicht, dann macht es keinen Sinn, wenn sie das in drei Jahren nochmals niederschreiben müssen.

Regierungspräsident Kölliker: Wir können natürlich auch das Postulat so verstehen, dass dieser Auftrag ebenfalls darin enthalten ist. Wir können das in unserem mündlichen Votum in Ergänzung zum Postulat ausführen.

Noger-St.Gallen: Ich ziehe den Antrag zurück. Er liegt jetzt in den Akten und ist in Aussicht gestellt.

Regierungsrat Mächler: Zur Frage von Widmer-Wil, ob kein Platz vorhanden sei: Wir verfolgen aktuell gewisse Projekte in der Berufsschule. Eines davon ist die Berufsfachschule Rapperswil-Jona. Wir befinden uns mit dem Stadtrat in einer Absichtserklärung, dass wir dieses Projekt auf dem Areal in der Nähe des Kinderzoos und der Lakers-Sportarena realisieren wollen. Die Bevölkerung von Rapperswil-Jona hat dem bereits einmal zugestimmt, dass der Landerwerb durch den Kanton möglich sein soll. An diesem Projekt arbeiten wir intensiv. Es stellt sich die Frage, ob auf diesem Areal, wenn man das etwas grosszügiger betrachtet, ein Campus realisierbar ist. Ich kann das momentan noch nicht sagen. Ich weiss nicht, wie die anderen umliegenden Plätze genutzt werden und unser Vorhaben allenfalls torpedieren könnten. Ich glaube jedoch, dass im Kommissionspostulat zum GBS-Geschäft³⁵ dieses Thema implizit enthalten ist.

Bärlocher-Eggersriet: Ich übernehme den Antrag von Noger-St.Gallen.
In Anbetracht der Beruhigung der Gemüter, möchte ich explizit über den Auftrag abstimmen.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Ich würde den Antrag nicht unterstützen. Wenn wir pro forma in Aussicht stellen, dass es in Rapperswil-Jona auch einen Campus geben könnte, wäre der Campus Wattwil gefährdet, wenn nebenan auch ein Campus steht.

Rüegg-Eschenbach: Regierungsrat Mächler meinte, die räumliche Situation in Rapperswil-Jona sei schwierig. Wann kommt das Geschäft zur Berufsfachschule in Rapperswil-Jona in den Kantonsrat? Gibt es bereits eine Opposition dagegen?

Regierungsrat Mächler: In Rapperswil-Jona wurde der neue Standort in einem demokratischen Entscheid definiert. Es gibt Leute, die finden, dass der bisherige Standort der richtige sei. Das ist für mich antidemokratisch, aber das Recht, sich als Bürger äussern zu dürfen. Der Stadtrat hält klar am Bevölkerungsentscheid fest. Ob man im Auftrag diesen Hinweis machen sollte, ist eventuell heikel. Aus meiner Sicht ist das Gegenstand des Postulatsberichts und darin implizit enthalten. Der Auftrag lautet, strategisch zu überlegen, wo die Sekundarstufe II hinkommen soll.

Regierungspräsident Kölliker: Mir bereitet die Berufsfachschulvorlage für Rapperswil-Jona Sorgen. Wenn man in Rahmen dieser Vorlage feststellt, dass an diesem Standort ein Campus nicht möglich ist, dann bringt diese Verknüpfung nichts. Man müsste es so formulieren, dass neben der

³⁵ 35.18.05.

neuen Berufsfachschule zu einem späteren Zeitpunkt eine Kantonsschule gebaut werden könnte. Die Verknüpfung zum Campus würde ich lösen.

Noger-St.Gallen: Ich würde den Vorschlag des Regierungspräsidenten als Antrag mit folgendem Wortlaut übernehmen:

«Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat im Rahmen der zu erstellenden strategischen Investitionsplanung auf der Sekundarstufe II aufzuzeigen, unter welchen Bedingungen, u.a.

- Verfügbare Bauparzellen,
 - Bevölkerungsentwicklung,
 - Entwicklung der Schülerinnen- bzw. Schülerzahlen,
 - Entwicklung der Bildungsangebote der Vollzeit-Mittelschulen,
 - Entwicklung der Ausbildungen an den Berufsfachschulen und
 - Kapazität des Campus Wattwil (insbesondere für die Mittelschulklassen)
- auch in Rapperswil-Jona eine Mittelschule entwickelt und betrieben werden kann.»

Bonderer-Sargans: Ich denke, dass wäre Gegenstand der strategischen Investitionsplanung.

Göldi-Gommiswald: Ich schliesse mich dem gerne an und finde die Formulierung richtig. Auch, dass wir uns auf die Mittelschulen fokussieren müssen, um das Projekt nicht zu gefährden, ist nachvollziehbar. Ich möchte auf etwas hinweisen: Wenn wir dieser Campuslösung in Wattwil auch im Kantonsrat zum Erfolg verhelfen wollen, müssen wir ein Signal aus dieser Kommission senden, dass der Campus in Wattwil gebaut werden soll und in einem nächsten Entwicklungsschritt im Rahmen der strategischen Planung geprüft werden soll, ob ebenfalls in der Stadt Rapperswil-Jona ein solches Angebot erstellt werden könnte. Unabhängig von der Diskussion zum Campus Wattwil – aber als politisches Signal in eine Region mit Potential.

Regierungspräsident Kölliker: Ich möchte vermeiden, dass in den Medien eine gleichzeitige Aufgleisung wiedergegeben wird. Es muss als übernächste Planungsetappe kommuniziert werden.

Kommissionspräsident: Auftrag Noger-St.Gallen / Bärlocher-Eggersriet

«... auch in Rapperswil-Jona eine Mittelschule entwickelt und betrieben werden kann.»

Die vorberatende Kommission lehnt den Antrag von Noger-St.Gallen / Bärlocher-Eggersriet mit 7:7 Stimmen bei 1 Enthaltung sowie Stichentscheid des Präsidenten ab.

Widmer-Wil: Ich möchte nochmals auf die allfällige Integration der Berufs- und Laufbahnberatung in den Campus zurückkommen. Ich habe keinen Wortlaut für einen Auftrag. Ich möchte gerne wissen, was die finanziellen Eckwerte sind. Wie viele Räume würden dafür benötigt? Wie hoch ist der aktuelle Mietzins? Lässt sich das BIZ auch in der Praxis integrieren? Könnten Sie uns dazu Informationen liefern, bevor wir einen Auftrag verfassen? Auf Seite 14 der Botschaft steht, dass das BIZ aktuell eingemietet sei, ein Neubau zu teuer sei.

Thomas Bürkle: Momentan sind es 443 m² Bürofläche im 1. Obergeschoss und rund 30 m² im Untergeschoss, die zugemietet sind. Wir haben ermittelt, was es bedeuten würde, wenn wir das

BIZ in den Campus integrieren würden. Wenn wir die Miete kapitalisieren, kommen wir auf einen Betrag von rund 1,8 Mio. Franken an Investitionskosten. Unsere Überprüfung hat ergeben, dass bei Erstellungskosten von rund 4'500 Franken pro m² und die Nutzung auf unserem eigenen Grund erstellt werden würde, es zu Investitionskosten von rund 2,3 Mio. Franken käme. Wir sind danach zum Entschluss gekommen, dass es momentan keinen Sinn ergibt, diese Räumlichkeiten im Campus unterzubringen. Es gibt noch einen anderen Grund: Wattwil ist nicht gerade mit so guten Mietern, wie der Kanton einer ist, gesegnet. Wir sind der Meinung, dass wir das noch eine Weile so betreiben können.

Werner Binotto: Ich möchte ergänzen, dass die Mehrkosten für uns nur Sinn ergeben, wenn die Meinung besteht, ein BIZ zu bauen, damit später allenfalls die Erweiterung von Schulräumen getätigt werden kann. Dazu müssen die Räume höher gebaut werden als wir Büroräume bauen würden. Wir müssten Schulraum erzeugen, die mehr Kubatur und mehr Raumhöhe verursachen. Es macht keinen Sinn Büros auf diesem Areal zu bauen, die dann nicht weitergenutzt werden können.

Widmer-Wil: Der Preis kann sich in den nächsten Jahren verändern. Handelt es sich um einen langfristigen Mietvertrag?

Thomas Bürkle: Der Mietvertrag ist frühestens auf den 21. März 2021 kündbar. Danach haben wir eine 12-monatige Kündigungsfrist.

Kommissionspräsident: Widmer-Wil, stellen Sie einen Antrag, der die Regierung dazu einlädt, zu überprüfen, ob das BIZ in die Campuslösung integriert werden könnte?

Widmer-Wil: Ich bin hin- und hergerissen, denke aber, man sollte das grundsätzlich prüfen.

Zahner-Kaltbrunn: Ich beantrage, die Regierung einzuladen, zu prüfen, ob das BIZ in die Campus-Lösung integriert werden kann.

Regierungsrat Mächler: Das erfordert eine Kreditanpassung von 2,3 bis 2,5 Mio. Franken. Dieser Antrag erfordert die Einstellung eines entsprechenden Betrags im Wortlaut.

Jäger-Vilters-Wangs: Ich finde es eine prüfenswerte Idee, eine öffentliche Institution in einen Neubau zu integrieren. Bei Raumbedarf kann man das BIZ erneut in eine Mietlösung auslagern.

Kommissionspräsident: Wenn es gewünscht wird, müsste der Antrag mit dem entsprechenden Betrag von 2,3 Mio. Franken formuliert und im Beschlussentwurf der Kredit angepasst werden.

Widmer-Wil: Ist es nur noch eine Finanzfrage oder ist es eine räumliche Frage? Wenn es die nächsten 20 Jahre genutzt werden könnte und allenfalls baulich angepasst werden könnte, wäre das sicher zu prüfen.

Regierungspräsident Kölliker: Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass im Regierungsbeschluss vom August 2018 festgehalten wurde, dass dem Baudepartement im Dezember 2017 ein entsprechender Prüfauftrag erteilt wurde. Aus finanziellen Gründen wurde davon abgesehen, da

weiterer Kreditbedarf im Umfang von 2,3 Mio. Franken bestehen würde. Allenfalls weitere betriebliche bzw. bauliche Aspekte wurden bislang nicht überprüft. Die Regierung verzichtete daraufhin, die Integration des BIZ im Bauvorhaben vorzusehen.

Louis-Nessler: Man sollte das am besten als Auftrag im Kantonsrat einbringen und zuerst einmal eine Abklärung verlangen, ehe weitere Schritte verlangt werden.

Widmer-Wil: Wäre diese Prüfung einsehbar?

Regierungsrat Mächler: Der Regierungsbeschluss ist nicht einsehbar. Es handelt sich um eine Abklärung im Rahmen der Projektdefinition. Die Botschaft äussert sich summarisch dazu, weshalb die Regierung nicht zu diesem Entschluss gekommen ist.

Kommissionspräsident: Dann sollte die Formulierung des Auftrags nochmals überdacht werden und als individueller Auftrag im Rahmen der Kantonsratsdebatte eingebracht werden.

4.4 Rückkommen

Kommissionspräsident: Ein Rückkommen wird nicht verlangt.

5 Gesamtabstimmung

Die vorberatende Kommission stimmt nach Art. 60 GeschKR am Ende der Kommissionsberatung gesamthaft darüber ab, ob dem Kantonsrat Eintreten auf die bereinigte Vorlage beantragt wird.

Kommissionspräsident: Ich stelle fest, dass die Botschaft und der Entwurf der Regierung durchberaten sind. Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung. Wer dem Kantonsrat Eintreten auf den «Kantonsratsbeschluss über die Erstellung des «Campus Wattwil» (Ersatzneubau Kantonsschule Wattwil sowie Erneuerung und Erweiterung Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg)», beantragen möchte, der bezeuge dies mit Handerheben.

Die vorberatende Kommission beschliesst in der Gesamtabstimmung mit 13:0 Stimmen bei 1 Enthaltung und 1 Abwesenheit, dem Kantonsrat Eintreten auf die Vorlage zu beantragen.

6 Abschluss der Sitzung

6.1 Bestimmung des Berichterstatters

Der Kommissionspräsident stellt sich als Berichterstatter zur Verfügung. Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Kommissionspräsidenten, dem Kantonsrat mündlich Bericht zu erstatten.

6.2 Medienorientierung

Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Präsidenten und die Geschäftsführerin, eine Medienmitteilung zu veröffentlichen und über das Ergebnis der Beratung zu informieren.

Kommissionspräsident: Die Medienmitteilung wird den Delegationssprechern vorab zugestellt.

6.3 Verschiedenes

Kommissionspräsident: Ich bedanke mich für die aktive Mitarbeit und schliesse die Sitzung um 17.20 Uhr.

St.Gallen, 29. März 2019

Der Kommissionspräsident:



Mathias Müller
Mitglied des Kantonsrates

Die Geschäftsführerin:



Sandra Stefanovic
Parlamentsdienste

Beilagen

1. 35.18.06 «Kantonsratsbeschluss über die Erstellung des «Campus Wattwil» (Ersatzneubau Kantonsschule Wattwil sowie Erneuerung und Erweiterung Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg)» (Botschaft und Entwurf der Regierung vom 18. Dezember 2018); *bereits mit dem Kantonsratsversand zugestellt*
2. Zusatzbericht zur Aufteilung der Kantonsschule Wattwil auf zwei Standorte vom 15. Februar 2019; *Unterlage am 9. März 2019 im Extranet zur Verfügung gestellt*
3. Präsentation BLD; *bereits an der Sitzung verteilt*
4. Präsentation BD; *bereits an der Sitzung verteilt*
5. Präsentation Gunzenreiner; *bereits an der Sitzung verteilt*
6. Antragsformular vom 18. März 2019
7. Medienmitteilung vom 21. März 2019
8. Parkieranlagen im nahen Umfeld vom Campus Wattwil (Stand Januar 2019)
9. Synergien der Betriebskosten; *wird im Extranet nachgereicht*

Geht (mit Beilagen) an

- Kommissionsmitglieder (15)
- Geschäftsführung der Kommission (sa, re)
- Baudepartement (GS: 4)
- Bildungsdepartement (GS: 5)

Geht (ohne Beilagen) an

- Fraktionspräsidenten (4)
- Parlamentsdienste (L PARLD / GS Mat)